

Bezugspreis: Vom 1.-3. Dezember 1 Billion oder 1 Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 2.-3. Dezember für Deutschland, Danzig, Saar- u. Rheinl. Gebiet, Ostpreußen, Litauen, Posen, Ostpreußen 1,50 Goldmark, für das übrige Ausland 1,60 Goldmark. Kreuzbandsendungen nur gegen wertbefähigte Zahlung. Vollbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ u. „Erdung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293  
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 5. Dezember 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Postcheckkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Distrikto-Gesellschaft, Dönhofsstraße 3

Anzeigenpreis:  
Die einseitige Anzeigenspalte 0,70 Goldmark, 2 Spalten 1,30 Goldmark, „kleine Anzeigen“ des Freitagabends 0,20 Goldmark (außer bei Freitagabends-Belegungen), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenangebote erste Seite 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Morale über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,30 Goldmark. Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

# Die Erklärung des Kabinetts Marx.

Die Einführungsrede des neuen Reichkanzlers Dr. Marx unterschied sich in mindestens einem Punkte vorteilhaft von denen seiner unmittelbaren Vorgänger: Sie war erstlich kurz und entbehrte jedes oratorischen Beiwerks. Sachlich, knapp — wie in einer Urteilsbegründung der Revisionsinstanz — reichte er Satz an Satz. Den Inhalt dessen, was hier vorgetragen wurde, kannte man zum Teil bereits aus Vorbesprechungen und konnte man zum anderen Teil aus der Zusammensetzung des neuen Kabinetts erraten.

Wenn der Reichsstaatsanwalt Emminger das Reichsjustizministerium inne hat, ist nicht damit zu rechnen, daß der Reichsanwalt gegen bayerische Hochverräter vorgeht. Und es ist deshalb fast selbstverständlich, daß der Chef dieser Regierung erklärt, daß „man in mancher Beziehung die vielfach gewünschte Erweiterung der Befugnisse der Länder zugestehen“ müsse. Und fast ebenso selbstverständlich erscheint es, daß die Aufhebung des Ausnahmezustandes von dieser Regierung einstweilen abgelehnt wird. Die Versicherung, daß Herr Marx genau Obacht geben will, wann der Zeitpunkt für diese Aufhebung gekommen sei, wird natürlich gewertet werden als das, was sie ist und sein soll: als eine Höflichkeitsfloskel, mit der man eine Absage zu verpacken pflegt.

Freilich, was der Kanzler über die Not des Reiches sagte und die Mittel, wie dieser Not begegnet werden soll, ist wert, in seiner Eindringlichkeit gerade von denen beherzigt zu werden, die das Wort Vaterland dauernd auf offenerm Markt schreien und sich zu Hause desto eifriger bemühen, die eigenen Schätze vor dem Zugriff des Reiches in Sicherheit zu bringen.

Reichslandbund und andere Interessentenverbände erheben bei jeder Gelegenheit ihre Stimme, um sich gegen Reichssteuern zu wehren, die auch nur in einem geringen Umfang ihren Besitz treffen könnten. Kein Wort sagte der Kanzler von der notwendigen Erfassung der Sachverhalte, in keiner Weise sprach er von erheblichen Besitzabgaben. Aber er mußte es als „außerordentlich beklagenswert“ bezeichnen, daß noch immer Bevölkerungsteile gegen Steuerbelastungen Einwände erheben, die aus dem Arsenal eines einigermaßen normalen Staatslebens entnommen sind, und betonte, daß jetzt die Stunde größten Opfern gekommen sei. Jedermann weiß, wo diese Bevölkerungsteile zu finden sind, die sich über zu große Belastungen beklagen, während sie doch durch Krieg, Revolution und Reparation gleichermaßen gewonnen haben. Die denken auch jetzt nicht an Opfern, sondern an Verdienen.

Aber der Kanzler erklärt, daß sein Kampf nicht gegen rechts oder links gerichtet sei. Er will das Ermächtigungsgesetz haben, das seine Regierung von den Fesseln parlamentarischer Beratung nach Möglichkeit befreit und ihm so die Hände freimacht, auf dem Wege der Verordnung neben anderen Dingen auch die notwendigen Steuern zu schaffen.

Das Ermächtigungsgesetz wird ihm bewilligt werden. Das Kabinett wird also freie Bahn haben und zeigen können, wo es den Hebel ansetzt, um dem leidenden Volke zu helfen. Es bedarf keiner besonderen Versicherung, daß die Sozialdemokratie alles unterstehen wird, was geeignet erscheint, dem Reich die notwendigen Mittel zu verschaffen; daß sie aber auf der Wacht sein wird, um zu verhindern, daß auf dem Wege der Verordnung die Last der breiten Massen noch drückender, die Rechte des arbeitenden Volkes noch mehr verkürzt werden.

Die rein bürgerliche Regierung mit der stark betonten Rechtsprechung mag arbeiten und zeigen, was sie kann. An schönen Worten hat es bisher nicht gefehlt. Jetzt ist wirklich die Zeit gekommen, wo das Volk Taten sehen will! Der Kanzler hat die Taten angekündigt. Die Sozialdemokratie hat ihr und wird die neue Regierung nach ihren Taten beurteilen. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!

Präsident Lübe eröffnete die gestrige Reichstagsitzung um 3 Uhr 25 Minuten. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Der zweite Punkt der Tagesordnung, die erste und zweite Beratung des Ermächtigungsgesetzes, wird von der Tagesordnung abgesetzt; der Gesetzentwurf soll erst morgen behandelt werden. Darauf erhält sofort

### Reichskanzler Marx

das Wort, der von den Kommunisten mit dem Ruf: Handlanger des Generals v. Seeck begrüßt wird. Reichskanzler Marx verbreitet sich zunächst über die Zusammensetzung der Regierung und fährt fort: Angesichts der traurigen, geradezu furchterlichen politischen und finanziellen Lage unseres Vaterlandes habe ich es für die wichtigste und erste Pflicht eines jeden, der im Parlament und öffentlichen Leben steht, vor allem aber auch für eine Pflicht der Regierung, alles hintanzustellen, was irgendwie geeignet ist, die selber schon allzu großen Gefahren in unserem Volke zu verheilen. Mein Kampf geht weder nach rechts noch nach links, sondern gegen alle diejenigen, die dem deutschen Volke mit Gewalt und List das Rechte und Beste rauben wollen, was ihm geblieben ist: die

Einheit der Nation! (Beifall.) Ich halte es deshalb für das dringendste Gebot der Stunde, alles zu versuchen, um bestehende Gegensätze auszugleichen und das Hervortreten neuer zu vermeiden. (Zwischenrufe der Kommunisten.) Es würde vielleicht gut sein, wenn Sie (zu den Kommunisten) sich diesem Beispiel anschließen. (Zustimmung.) Die ganze Kraft der Regierung sowohl wie der politischen Parteien muß meines Erachtens darauf gerichtet sein, unser Volk und unser Vaterland aus dem tiefen Abgrund wirtschaftlichen und finanziellen Verfalls, in den wir durch den unglücklichen Ausgang des Weltkrieges gestürzt sind, wieder herauszuheben und zu retten. Herr Dr. Stresemann hat in seiner Rede vom 22. November unsere Lage geradezu trostlos genannt. Er ist deshalb von verschiedenen Seiten kritisiert worden. Und dennoch hat er nach meiner Meinung vollkommen richtig gesprochen. Das deutsche Volk in allen seinen Teilen muß und soll es wissen und immer mehr von der Überzeugung durchdrungen werden, daß wir mit unseren wirtschaftlichen und finanziellen Kräften

### tatsächlich am Ende

sind, daß vieles, was uns schön und gut und wünschenswert, vielleicht sogar notwendig erscheint, ja was uns geradezu eine Herzenssache ist, dennoch zurückgestellt werden muß angesichts der verzweifelten Lage unserer Finanzen, deren Stand uns mit der Brutalität unwiderleglicher Zahlen auf die Alternative hinweist: was ist wichtiger und wertvoller, das nackte Leben des deutschen Volkes oder eine vorläufige Befriedigung unerwarteter Bedürfnisse mit dem baldigen nötigen Zusammenbruch, mit Hunger und Chaos im Gefolge? Der Finanzminister Dr. Luther hat bereits am 22. November in eingehender Darlegung den geradezu katastrophalen Stand unserer Finanzen dargelegt. Ich möchte hier darauf im allgemeinen verweisen und nur noch folgendes dazu bemerken: In der Finanzfrage sieht sich die Reichsregierung vor eine Aufgabe von einer vielleicht in der Weltgeschichte nie dagewesenen Schwierigkeit gestellt. Die Verzögerung der Regierungsbildung hat unerlässliche Lage-Verhältnisse geschaffen. (Hört, hört! rechts.) Eine sehr wesentliche Erhöhung der Einnahmen, die planvoll vorbereitet war, muß sofort in die Tat umgesetzt werden. (Abg. Roenen [Komm.]: Auf Kosten der Arbeiter!) Nicht minder müssen alle bereits ergriffenen und noch zu ergreifenden Maßnahmen zur Beschränkung der Ausgaben mit einem solchen Nachdruck angegriffen werden, daß alle entgegenstehenden Hindernisse rücksichtslos überwunden werden.

Es ist außerordentlich beklagenswert, daß trotz der ununterbrochenen Hinweise von Regierungseite auf den unerhörten Ernst der Finanzlage es immer noch Bevölkerungsteile gibt, die gegen Steuerbelastungen und Ausgabebeschränkungen Einwände erheben, die aus dem Arsenal eines einigermaßen normalen Staatslebens entnommen sind.

Die Bevölkerung muß endlich in ihrer Gesamtheit davon durchdrungen werden, daß, wenn nicht Volk und Reich in einem hoffnungslosen Strudel der Vernichtung versinken sollen, jetzt die Stunde größten Opfern gekommen ist. Daß dabei gleichzeitig zur Überwindung der furchtbaren Erwerbslosigkeit die Wirtschaft wieder in Gang gebracht werden muß, macht die ganze Sachlage so überaus schwierig. Die Regierung wird ihr Bestes tun, um der Schwierigkeit Herr zu werden; kann dies aber nur, wenn sie endlich auf volles Verständnis für die ganze Sachlage überall im Volke stößt. (Erneute Zwischenrufe d. d. Komm.) Das scheint auch bei einigen Kreisen hier im Parlament noch immer nicht der Fall zu sein. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Es muß jetzt begriffen werden, daß im Finanzproblem für uns die Frage über Sein oder Nichtsein liegt. (Abg. Roenen [Komm.]: Dann sollen die Besessenen zahlen! — Präf. Lübe ersucht den Abg. Roenen, den Reichskanzler nicht durch Unterbrechungen zu stören.) Bei diesem Sachverhalt erscheint es mir nebensächlich und überflüssig, hier eine längere Rede über ein Programm zu halten, das die Regierung demnächst durchzuführen beabsichtigt. Die Zeit ist für uns so kostbar, als daß wir sie mit längeren Erörterungen zubringen dürften, wo die allgemeine Not immer dringender ruft. Nicht Worte soll das Volk hören, sondern Taten sehen. (Beifall.) Dazu kommt, daß über die Einzelheiten der äußeren und inneren Politik in verschiedenen Reden der letzten Regierung ausführliche Darlegungen erfolgt sind. Es dürfte sich erübrigen, dies jetzt noch mal zu tun, zumal, da die gegenwärtige Regierung sich in ihrer grundsätzlichen Einstellung nicht von der vorigen unterscheidet.

(Hört, hört! bei den Soz. Zwischenruf: Gegen die Arbeiter!) Entscheidend für das Verhalten der Regierung muß die geradezu katastrophale Lage unserer Wirtschaft und unserer Finanzen sein. Es ist eine Lebensfrage für Reich und Volk, hier die richtigen Mittel und Wege zu finden, die zur Rettung und Besserung führen. Als einen solchen Weg glaubt die Regierung ein Ermächtigungsgesetz ansetzen zu sollen, das ihr in ausreichendem Maße die Möglichkeit gewährt, mit der durch die Finanzlage erforderlichen Schnelligkeit diejenigen Maßnahmen zu treffen, die sie nach pflichtmäßigem Ermessen und genauester Prüfung der Verhältnisse für erforderlich und geeignet hält, das gewünschte Ziel zu erreichen. Die Regierung ist der Meinung, daß angesichts des ungeheuren Zwanges der Zeit langwierige Verhandlungen im Reichstage, wie sie die Beratung einschneidender wirtschaftlicher und finanzieller Gesetze erfordern würde, nicht wünschenswert, ja geradezu unerträglich erscheinen. (Zustimmung.) Es handelt sich nicht mehr um Monate oder Wochen, sondern nur noch um Tage, in denen sich zeigen muß, ob es gelingt, uns vor dem drohenden völligen Verfall noch im letzten Augenblick zu retten. Durch das Ermächtigungsgesetz, das bereits vom Reichsrat mit Zweidrittelmehrheit heute angenommen worden ist, soll die Reichsregierung ermächtigt werden, alle Maßnahmen zu treffen, die

im Hinblick auf die Not von Volk und Reich für erforderlich und dringend erachtet werden. In erster Linie kommen

Verordnungen über steuerliche Maßnahmen in Betracht, die sich im Rahmen und in der Richtung der Ausführungen des Herrn Dr. Luther vom 22. November bewegen. (Zuruf bei den Komm.: Schonung des Besitzes!) Sie müssen diese Rede wohl nicht gehört oder mißverstanden haben. Aber auch im übrigen soll die Reichsregierung das Recht haben, sonstige Maßnahmen zu treffen, die nach ihrem pflichtmäßigen Ermessen als dringende Forderungen der Notlage erscheinen. Wir verkennen nicht, daß durch die Zustimmung zu einem solchen Gesetz der Reichstag auf wichtige Rechte einer demokratischen Staatsverfassung zeitweilig verzichtet. Wir appellieren an die Vaterlandsliebe und das Pflichtgefühl der Volkvertreter, wenn wir Sie bitten, in kürzester Zeit einer Regierung, die glaubt, auf die Zustimmung weiterer Kreise der Volkvertretung rechnen zu dürfen, außergewöhnliche Vollmachten zu geben.

Wenn ich nun noch einige Fragen berühren darf, deren Beantwortung von besonderem Interesse sein dürfte, so möchte ich zunächst mich zum

### Verhältnis des Reiches zu den Ländern

menden. Es ist überaus schmerzhaft, feststellen zu müssen, daß zu einer Zeit, wo die Einmütigkeit aller deutschen Stämme mit Rücksicht auf die Gefahren, die uns durch die Übermacht unserer Gegner drohen, wünschenswerter wäre wie je zuvor, das Verhältnis zwischen Reich und einzelnen Ländern in vielfacher Beziehung getrübt ist. Es soll meine erste und nach Erledigung der dringendsten inneren Fragen wichtigste Aufgabe sein, die Klärung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern zu versuchen und womöglich herbeizuführen. Unter selbstverständlicher Achtung der Bestimmungen unserer Reichsverfassung wird man doch in manchen Beziehungen die vielfach gewünschte Erweiterung der Befugnisse der Länder zugestehen können. Ich schließe mich in dieser Beziehung, auch was die in der Reichsverfassung bereits begründeten gesetzgeberischen Zuständigkeiten der Reichsregierung anlangt, durchaus der Erklärung des Herrn Reichskanzlers Dr. Brüning an, die er in einem Briefe vom 20. August 1922 an den bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld niedergelegt hat. Es heißt dort u. a.: „Die Reichsregierung wird nicht ohne Not von den noch nicht ausgeschöpften Zuständigkeiten und, soweit möglich, nicht ohne Zustimmung des Reichsrats Gebrauch machen, und sie ist nicht willens, bisherige Aufgaben der Länder in die Verwaltung des Reichs durch neue Reichs-Mittel oder Unterbehörden zu übernehmen.“ Um etwa entstandene Mißverständnisse und Meinungsverschiedenheiten auszuräumen, scheint mir hier der Weg der Verhandlungen zwischen den Regierungen des Reichs und der einzelnen Länder ausserordentlich und im höchsten Maße wünschenswert. (Zuruf bei den Komm.: Kapitulation vor Bayern!) Ich beabsichtige deshalb, möglichst bald in solche Verhandlungen mit den in erster Linie in Betracht kommenden Regierungen einzutreten.

In enger Verbindung mit dieser Frage steht dann die der

### Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes.

Wie die Vorgänge der letzten Wochen und Monate zeigen, werden die schweren innen- und außenpolitischen Nöte des deutschen Volkes immer wieder von verbrecherischen Elementen zur Erreichung ihrer politischen Ziele ausgenutzt. Diese Umsturzversuche müssen von den ernsthaftesten Folgen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung sein. (Zuruf bei der Kommunisten: Befestigen Sie die Not! — Kahr und Ludendorff!) Selbst geringe Unruhestörungen, Demonstrationen usw. wirken sich auf dem Gebiet der Lebensmittelpflege und Kreditgewährung sofort in verhängnisvoller Weise aus. Daher ist die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in der nächsten Zeit von ganz entscheidender Bedeutung für unsere innen- und außenpolitische Entwicklung und die wichtigste Vorbedingung für den wirtschaftlichen Gesundungsprozess. Unter diesen Umständen ist der militärische Ausnahmezustand, der alle Machtaktoren in den Händen des Reichs konzentriert, zurzeit nicht zu entbehren. Wir dürfen uns keiner Täuschung darüber hingeben, daß die augenblickliche Ruhe im Reich wesentlich eine Folge des Ausnahmezustandes ist. (Sehr wahr! und Sehr richtig! bei der Mehrheit. — Lachen bei den Kommunisten.) Der Ausnahmezustand gibt uns auch die Mittel in die Hand, um die Maßnahmen zur Sanierung der Wirtschaft und Bänderung der Nöte wirksam zu unterstützen und gegen die verbrecherischen Unruhestörer dieser Not, gegen Wucher, Selbstmord, Luxus und dergleichen rücksichtslos einzuschreiten. (Zuruf bei den Kommunisten.) Sie (nach links) müssen die Erfahrungen der letzten Zeit nicht an sich haben vorübergehen lassen und sie auch nicht vernachlässigen! Ich weiß, daß gerade die militärischen Stellen ihren ganzen Einfluss aufbieten, um die bestehenden Teile des Landes zum Höchstwert für die breite Masse des Volkes anzuhalten.

Selbstverständlich ist, daß der Ausnahmezustand keinem Namen entsprechend eine Ausnahme bleiben und abgebaut werden muß, sobald es die Verhältnisse erlauben.

Ich verspreche, mit aller Sorgfalt den Gang der Dinge im Auge zu behalten. (Auf bei den Kommunisten: Sehr wenig!) Sobald nur irgendwie sich eine Veranlassung zeigt, werde ich in eine sorgfältige Prüfung darüber eintreten, ob Einschränkungen und Erleichterungen der bestehenden Verordnungen herbeigeführt werden können. (Zwischenrufe bei den Kommunisten.) Ihre besondere Aufmerksamkeit und ihre tätige Fürsorge wird die neue Reichsregierung den

### bestritten Gebietsteilen

unseres Vaterlandes zuwenden. (Allgemeiner Beifall.) In solchem Einvernehmen mit den wiederholten Versicherungen der Regie-



rungen der deutschen Länder erklärt die Reichsregierung, daß sie gegenüber allen Abtrennungsversuchen an der Zugehörigkeit des Rhein- und Ruhrgebiets zum Reich und zu den Ländern unbedingt festhält. (Beifall. — Zwischenruf bei den Kommunisten: Die Laifachen sprechen anders!) Die Bevölkerung an Rhein und Ruhr, die so unendliche Leiden auf sich nimmt und mit unerschütterlicher Standhaftigkeit an ihrem Deutschtum festhält, kann sich darauf verlassen, daß wir alles zu ihren Gunsten tun werden, was in der Kraft des Reiches und des deutschen Volkes liegt. (Ruf bei den Kommunisten: Die Schwerindustrie!) In allererster Linie werden wir die Fürsorge für unsere noch zahlreichen Gefangenen nicht vergessen.

Ich glaube, mich auf diese verhältnismäßig kurzen Darlegungen beschränken zu sollen. An die Volksvertretung richte ich die herzlichste und dringende Bitte, sich bei der bevorstehenden Verhandlung einzig und allein von dem Gedanken leiten zu lassen, daß die Regierung befeht: Alles Trennende soll vor der Not der Stunde zurückgestellt werden! Seht gut es für des Reiches und des Volkes Wohl zu arbeiten und zu handeln!

Präsident Lohse schlägt unter Hinweis auf den Beschluß des Kabinetts vor, damit die Parteien zu dem Ermächtigungsgesetz und zu der Regierungserklärung Stellung nehmen können, die Sitzung abzubrechen und die Beratung auf morgen zu vertagen.

Abg. v. Gräbe (Döschowitz) fragt an, ob der in der Besse angekündigte Antrag auf Aufhebung seiner Immunität eingegangen sei. In diesem Falle würde er bitten, schon morgen seine Immunität aufzuheben, um alles Klarstellen zu können, was in München vorgegangen sei.

Präsident Lohse: Dieser Antrag ist bei mir bisher nicht eingegangen. (Abg. Rufe links.)

Abg. v. Gräbe bittet den Präsidenten, dem Ursprung der Presse-nachricht nachzugehen.

Sitzung 4 Uhr.

Nächste Sitzung 2 Uhr: Ermächtigungsgesetz.

## Das Ermächtigungsgesetz abgeändert.

Einschaltung eines Reichstagsausschusses. — Zustimmung der Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich gestern in mehrstündiger Sitzung mit der Frage beschäftigt, ob die Regierung Marx mit einem Ermächtigungsgesetz und gewissen Kontrollrechten des Reichstags Verordnungen erlassen soll oder ob sie das tun soll auf Grund Art. 48 ohne Kontrolle des Reichstags. Die Fraktion hat schließlich mit 73 gegen 53 Stimmen beschlossen, für das Ermächtigungsgesetz zu stimmen, um dadurch eine vollständige Diktatur der Minderheitsregierung Marx zu verhindern.

Dem Beschluß der Fraktion ging folgendes voraus:

Die neue Reichsregierung verhandelte gestern vormittag mit den Parteiführern über die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes. Genosse Hermann Müller wies nochmals auf die schweren Bedenken seiner Fraktion gegen dieses Gesetz hin. Der Vertreter der Deutschen Nationalen, Hergt, nahm keine positive Stellung ein, während der Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei, Leicht, für seine Fraktion mitteilte, daß sie trotz großer Bedenken die Ermächtigung erteilen werde.

Abends um 6 Uhr fand wieder eine Parteiführerbesprechung statt. Inzwischen hatte die sozialdemokratische Fraktion sich mit der Verabschiedung des Gesetzes und der Auflösung des Reichstags beschäftigt, ohne jedoch zu einem abschließenden Ergebnis zu kommen. Unter anderem lag der Fraktion ein Antrag vor, der die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz von der Einsetzung eines ständigen Ausschusses aus Berliner Mitgliedern abhängig macht. Ohne die Zustimmung dieses Ausschusses sollen keine Verordnungen erlassen werden. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion gaben dem Reichstagskanzler von diesem Antrag Mitteilung und erklärten, daß die Stellungnahme der Regierung zu diesem Antrag von großer Bedeutung für die Entscheidung der Fraktion sein würde.

Die Regierung trat nunmehr zu einer Kabinettsitzung zusammen, um zu dem sozialdemokratischen Antrag Stellung zu nehmen.

Die Beratung endete damit, daß die Regierung sich bereit erklärte, einen Ausschuss des Reichstags, ebenso wie des Reichs-

rats, vor dem Erlaß der von ihr für notwendig gehaltenen Verordnungen zu hören. Anfangs war geplant, diesen Ausschuss ausschließlich aus den Parteiführern zusammenzusetzen. Dieser Plan ist jedoch fallen gelassen worden. Der Ausschuss soll vertraulich tagen, und zwar hauptsächlich aus außenpolitischen Gründen. Falls die sozialdemokratische Fraktion dem Antrag endgültig zustimmen sollte, beabsichtigt die Regierung, den § 1 Absatz 1 des Ermächtigungsgesetzes dahin zu erweitern: „Vor Erlaß der Verordnungen ist ein Ausschuss von 15 Mitgliedern in vertraulicher Beratung zu hören.“

Die Regierung war damit der Fraktion einen Schritt entgegengekommen. Die Lage gestaltete sich nunmehr folgendermaßen:

Kam das Ermächtigungsgesetz zustande, so hätte die Fraktion vor dem Erlaß jeder Verordnung Gelegenheit, ihre Stimme geltend zu machen, sie hätte nach dem Erlaß jeder Verordnung, die gegen ihren Rat zustande gekommen war, die Möglichkeit, vom Reichstag die Aufhebung zu verlangen.

Kam das Ermächtigungsgesetz nicht zustande, so mußte die Regierung — weil die notwendigen eiligen Maßnahmen auf parlamentarischem Wege kaum rechtzeitig beschaffen werden konnten — Verordnungen auf Grund Art. 48 erlassen. Der Reichstag wäre dann aufgelöst oder sonst nach Hause geschickt worden und die Partei hätte überhaupt keine Möglichkeit gehabt, ihren Einfluß geltend zu machen.

Die Situation war also so eigenartig wie nur möglich: Das Ermächtigungsgesetz ablehnen, hieß — es in der schärfsten Form beschließen. Der Regierung die Veto des Ermächtigungsgesetzes verweigern, hieß, ihr das Gewehr des Art. 48 in die Hand drücken. Daß dies nicht geschehen dürfe, war die Meinung der Fraktionsmehrheit. Weil sie nicht das Vertrauen zur Regierung Marx hat, daß sie von dem Art. 48 angemessenen Gebrauch machen würde, weil sie eine derartige Ausweitung des vielbenutzten Ausnahmeartikels überhaupt vermeiden will, darum hat sie ihren Beschluß für das Ermächtigungsgesetz gefaßt.

Es kommt dazu, daß Wahlen unter dem militärischen Ausnahmezustand ein Unding sind, daß jede Vorbereitung fehlt, um das Zustandekommen unbeeinflusster Wahlen auch im besetzten Gebiet — auf die die dortige Bevölkerung ein Anrecht hat — zu sichern.

Indem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das Ermächtigungsgesetz bewilligt, tut sie das, was man im parlamentarischen Leben Englands „eine Chance geben“ nennt. Sie gibt der Regierung Marx die Möglichkeit zu zeigen, was sie kann — und sie konnte sich dazu um so leichter entschließen, da sie doch nicht imstande war, ihr diese Möglichkeit zu nehmen. Es fällt ihr aber nicht im mindesten ein, die Verantwortung für das zu übernehmen, was die Regierung Marx auf Grund des Ermächtigungsgesetzes verordnen wird. Dazu wird sie in vollkommener Unabhängigkeit sachlich Stellung nehmen, sie wird dem zustimmen, was sie für richtig befindet, und das tadeln, was ihr nicht gefällt.

Kommt man mit dem Einwand: „Ja, diese Verordnungen sind auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen, dem ihr zugestimmt habt!“, so ist darauf zu antworten: „Diese Verordnungen wären mindestens ebenso auch ohne Ermächtigungsgesetz auf Grund des Art. 48 erlassen worden und vielleicht noch einige andere dazu! Durch die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes hätten wir sie nicht verhindert. Wir hätten aber dadurch erreicht, daß der Parlamentarismus zur Diktatur abgerufen wäre. Uns war eine befristete Ermächtigung lieber als ein unbefristeter Ausnahmezustand.“

Der Beschluß der Fraktion mag für viele Gegner und auch für manche Freunde ein überraschender Sachzug sein. Man muß aber begreifen lernen, daß das uns noch ungewohnte parlamentarische System, zumal in unserem zerstückelten Reichstag, besondere Situationen bringt, die beson-

dere Maßnahmen erfordern. Ohne dieses Begreifen können wir unter den heutigen unendlich schwierigen Umständen eine praktische, Arbeiterinteressen vertretende Politik überhaupt unmöglich sein!

## Die Schuld Ludendorffs.

Zu dem vom „Vorwärts“ veröffentlichten Auszug aus den Erinnerungen des ehemaligen Vizelandes v. Payer schreibt uns Genosse Scheidemann: Herr v. Payer schildert ganz richtig, wie Ludendorff die Regierung des Prinzen Max in die furchtbarste Verlegenheit brachte, als er „innerhalb 48 Stunden“ die Herausgabe einer Bitte um Waffenstillstand und Friedensverhandlungen forderte. Er berichtet auch vollkommen zutreffend, daß die O.H.L. das Anstehen, andere Sachverständige, d. h. also Generale, über die Heereszustände zu hören, abgelehnt hätte. Was Herr v. Payer dann weiter berichtet, bedarf einer Ergänzung. Trotz der gestärkten Heeresleitung berief die Regierung des Prinzen Max die Generale Mudra und Gallwitz. Beide waren über die Ludendorffsche Einschätzung des Zustandes der Front sehr überrascht worden, denn soweit die ihnen unterstehenden Heeresabteilungen in Betracht kämen, so erklärten beide in einer Sitzung des Kabinetts, seien die Zustände nicht so hoffnungslos, wie Ludendorff sie für die gesamte Front geschildert hätte.

Was aus Herrn v. Payers Erinnerungen ganz klar hervorgeht, habe ich wiederholt in Wort und Schrift ganz offen ausgesprochen: Wenn man den „Dolchstoß“ nicht endlich aufgeben will, dann soll man ehrlicherweise zugeben, daß diesen Dolchstoß Ludendorff mit seinen Friedensbitteln-Telegrammen Ende September 1918 geführt hat — etwa sechs Wochen vor dem 9. November!

## Vor Neuwahlen in Sachsen?

Dresden, 4. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Es scheint, daß auch in Sachsen Neuwahlen auf die Dauer nicht zu verhindern sein werden. Von bürgerlicher Seite wird versucht, die Demokraten zu veranlassen, ihre Bereitschaft, das sozialistische Minderheitskabinett zu unterstützen, aufzugeben und eine neue Regierungskrise zu schaffen, die automatisch Neuwahlen nach sich ziehen würde. Die Bemühungen der Reichsparteien werden damit begründet, daß der Landesparteiag der B.S.P.D. Sachsens durch seine Entschiedenheit eine neue Lage geschaffen habe. Insbesondere wird betont, daß die demokratische Fraktion schon deshalb dem Kabinett Feilsch die Unterstützung versagen müsse, weil man der sozialdemokratischen Landtagsfraktion eine andere Stelle übergeordnet habe, die unzweifelhaft die Zusammenarbeit mit den Kommunisten erstreckt bzw. vorbereitet.

Oberregierungs-Kommissar Miersch-Dresden und Regierungskommissar Westfälinger-Chemnitz, die beide der B.S.P.D. angehören, sind heute vom Wehrkreis-Kommando in Schuchardt genommen worden. Ueber die Gründe gab das Wehrkreis-Kommando keine Auskunft.

Der Gemeinderat in Gelenau (Erzgebirge) muß vorläufig wegen Beschlussunfähigkeit seine Arbeiten einstellen, da eine Anzahl Gemeinderatsmitglieder verhaftet worden sind.

Das Wehrkreis-Kommando hat eine Flugblätterfabrik der Deutschen Sozialen Arbeiterpartei freigegeben.

Die Kommunisten hatten in Dresden versucht, im geheimen ein Parteiblatt herauszugeben. Die Druckerei ist gestern von der Polizei ausgehoben worden. Die Maschinen und Gerätschaften wurden beschlagnahmt. Der Redakteur Felix Beminsohn sowie drei Schriftsetzer und eine vierte Person wurden verhaftet.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ haben in ihrer Montagsausgabe dem Ministerpräsidenten Feilsch unterstellt, daß er „die Reichswehr in schamloser Weise verleumdet habe“. Genosse Feilsch hat wegen dieser Beleidigung Strafantrag gestellt. Es ist bezweifelnd, daß in der betreffenden Ausgabe der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ der Name des verantwortlichen Redakteurs fehlt.

## Das Atom und sein Bau.

Ein Vortrag von Prof. Stod.

Die Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften hielt am Montag und Dienstag ihre 10. Mitgliederversammlung ab. Am Montag trug Prof. Dr. Cloos aus Breslau über seine neuen Granitforschungen vor, die für Geologie und Entstehung von Lagerstätten von besonderer Bedeutung sind. Dienstag mittag (warum nicht abends?) sprach Prof. Dr. Stod, der Direktor des Instituts für Chemie, über das Atom und bot eine gute Zusammenfassung von Allen und Resem.

Die Lehre vom Atom steht im Mittelpunkt der modernen chemischen Theorien und hat in den beiden letzten Jahrzehnten eine totale Umwälzung erfahren. Die griechischen Naturphilosophen haben den Begriff geschaffen; er bedeutet das Nicht-mehr-Teilbare und sollte die kleinste Einheit des Stoffes darstellen. Diese Theorie wurde vor hundert Jahren neu belebt und auf die chemischen Elemente angewendet, als deren kleinster, nicht weiter auflosbarer Teil das Atom nunmehr galt. Im gleichen Element sollten nur gleiche Atome, in den verschiedenen Elementen dagegen verschiedene sein. Aber das Atom blieb ein rätselhafter Begriff. Erst die neueren Forschungen haben uns über seine Größe und Eigenart näher erschlossen. Heute ist die Größe des Atoms festgestellt. Sein Durchmesser beträgt z. B. ein zehnmillionstel Millimeter. Um sich eine Vorstellung von dieser Größe zu machen, wurde folgendes Beispiel gewählt: Ein Fingerhut Wasser enthält so viele Moleküle (die kleinste physikalische Masseneinheit) wie Fingerhüte Wasser in allen Weltmeeren zusammen enthalten sind.

Die erstaunlichen Resultate der modernen Atomforschung haben vor allem den Begriff des Atoms selber umgestaltet. Das Atom ist nicht das letzte, sondern selbst schon ein kompliziertes Gebilde. Es besteht aus einem positiv geladenen Kern, um den Elektronen, d. h. negativ geladene elektrische Kräfte schwingen. Das einfachste Atom ist das des Wasserstoffs. Es hat nur einen Kern, um den sich ein Elektron bewegt. Letzteres hat nur ein zweihundertstel des Wasserstoffatomgewichts. Die Berechnung der Schwere, Größe und Schnelligkeit wurde mit Hilfe der Radiochemie ermöglicht. Der Atomzerfall, der bei den radioaktiven Körpern beobachtet wird und in Explosionen von kolossaler Heftigkeit und der Entfaltung von Energien im Betrag des Millionenfachen der gewöhnlichen chemischen Energie und in der Erreichung von Geschwindigkeiten bis zur höchstbekannten Geschwindigkeit (der des Lichtes) besteht, leistete dabei wertvolle Dienste.

Es gelang ein Bild vom Bau der Atome zu bekommen, das im ganzen den Laifachen völlig entspricht. Das Atom ist ein winziges Abbild des Planetensystems. Die in ihm sich abspielenden Bewegungen verlaufen nach ähnlichen Gesetzen wie die Bewegungen der Planeten um die Sonne. Sowohl im Welt- wie im Atomsystem befinden sich in unendlich großen leeren Räumen puntartige Energielanisammlungen, deren Abmessungen in beiden Systemen freilich sehr verschieden sind. Die chemischen Eigenschaften der verschiedenen Atome sind auf die verschiedenen Anordnungen der Elektronen zurückzuführen, die um die Kerne schwingen. Sie ändern ihre Bahnen bei gegenseitiger Annäherung und bilden so Moleküle, die nächst höhere Einheit der Körperbildung. Heute wissen wir, daß chemische und elektrische Kräfte dasselbe sind.

Der Atomzerfall ergibt sich bei bestimmten Elementen von selbst, nur in einzelnen Fällen kann er von uns beeinflusst werden. So ist es z. B. gelungen, durch zerfallende Radiumatome das Stickstoffmolekül zu zertrümmern. Die Umwandlung von einem Element in ein anderes, die Sehnsucht der Alchimisten, ist heute in einzelnen Fällen erfüllt. Aber die Umänderung ist noch ohne praktische Bedeutung, und auch die Ausbeutung des Atomzerfalls zur Gewinnung großer Energien ist heute noch nicht möglich. Aber die Entwicklung ist im Fluß und noch nicht abzulesen.

Die Welt des Kleinsten ist uns heute in einem Maße erschlossen, wie es die kühnsten Träume nicht erhofft hatten. Das Bild davon ist auf Grundlage des Experiments zu einer geschlossenen Rundung geblieben. Neue Einblicke in das Energiegleichgewicht der Welt sind gewonnen. Die großen Welten des Sternenhimmels und die kleinen der Atomsysteme stehen in merkwürdiger Uebereinstimmung. Die Atome sind die Fixsterne der Kleinwelt und das Neuaufleuchten und Verschwinden von Sternen infolge himmlischer Katastrophen entspricht den Explosionen des Atomzerfalls. Vieles ist auf diesem Gebiet noch zu leisten, ungelöst sind noch die Rätsel der Elektrizität, der Schwerkraft und des Lichtes. Die Naturwissenschaft, deren Entwicklung von dem Aufleuchten einzelner genialer Persönlichkeiten dank den modernen Methoden immer unabhängiger wird, steht auf diesem Gebiet ihren Siegeszug fort und wird, da das Naturbegreifen zur Naturbeherrschung führt, auch praktische Resultate zeitigen.

## Die Maare — ein Wunder der Eisel.

Herrliche Gebirgsseen, die sich in einsamen Höhen befinden, gibt es fast überall in der Welt. Aber ein Naturwunder für sich bilden jene merkwürdigen Weiher und Binnenmeere, die sich allein unter allen Gewässern hauptsächlich auf vulkanischen Kegelnbergen, und zwar in den kesselartigen Einsenkungen der Gipfel befinden. Diese „Ehornsteine des Schmiedegottes Wotan“, wie sie die kindliche Volksvorstellung der alten Römer gefaßt, finden sich nirgends in der Welt so zahlreich bestimmt wie in der Eisel, und sie werden daher auch überall auf Erden mit einem Namen bezeichnet, den ihnen die Eiselbauern gegeben haben und den der große Geologe Leopold von Buch in die Wissenschaft einführte, nämlich als Maare. In seinem soeben bei Carl Rechner in Dresden erscheinenden Werk „Wunder der Erdgewalten und der Urzeit“ behandelt Hans Pohlig auch diese uns so nahe stehenden und doch so wenig bekannten „Wunder der Erdgewalten“.

Das Wort „Maar“ bedeutet ursprünglich irgend etwas „Rasses“ überhaupt. Ihre Entstehungsart ist so zu erklären, daß nach dem endgültigen Einbrechen eines Feuerstuhnes und dem Nachsinken der ihn umschließenden Bergspitze der aus den Regenrinnen ausgeflossenen Wasserüberschuss in den nunmehr entstandenen Wipfelselle hinabsickerter. Weil die heißen Vulkansteine der alten Wipfelsengen tonig und daher für Feuchtigkeit undurchlässig sind, so mußte nun da oben ein „Maar“ sich ansammeln. Wenn dieses Maar tief genug und dicht an der Spitze lag, so durchbrach es die Brandung an einer oder mehreren Stellen, so daß ein „Riffenmaar“ oder eine Maarbuch entstand, wie wir sie z. B. in der Umgebung von Neapel finden. Die Eiselmaare und das nicht weit davon gelegene Maar des großen Laacher Sees sind vor treffliche Beispiele dieser eigenartigen Bildung. Pohlig hat nun ganz neuerdings am rechten Rheinufer

in der Nähe von Bonn einen einsamen grünen Kraterweiher entdeckt, der im tiefen Kessel unter der Felsandschaft von Oberkassel liegt und ebenfalls ein Maar darstellt. Solche Vulkanseen gibt es jedoch auch sonst noch, so z. B. in der französischen Auvergne. Desgleichen ist ein Maar der Nemice im Albaner Gebirge in der Nähe von Rom. In den westlichen Bergen des südsichlichen und mittleren Amerika liegen Feuerstuhne, so der berühmte „Schweffelmaareteich“. In Mexiko blüht man überrascht von der höchsten, etwa 4000 Meter über dem Meer gelegenen Spitze des Schneebirges von Toluca herab in einen tiefen schwarzen, ehemals feuerpeinenden See, dessen Boden durch einen ebenso dunklen Wasserpiegel bedeckt ist. In nahezu gleicher Höhe liegt ein Kratersee des armenischen Hochlandes auf dem Arrarat, und ein anderes asiatisches Maar befindet sich über dem Sewangameer, das von einem vulkanischen Ringwall umgeben ist und mit seinem dem von Sachsen-Altenburg entsprechenden Umfang das größte aller Maare darstellt.

Mußi-Premiere im Lustspielhaus. Große Geschlechter überaß, weil Robert Musil, seit seiner Jugend als Erzähler von vollen Geschick, auch für die Komödie mehr als literarisch begabten zeigt. Gewiß Bedenklich, aber doch so wie ein Sohn, der vom Vater nur das Ansehen erbt, um dann seinen eigenen Kopf auf den Rumpf zu setzen. Die Regie Berthold Viertel's das Wichtige seiner Truppe wirklich famos in dieser sonst bekümmerten Theaterzeit. Darum wird es nötig sein, für morgen abend sowie für einen Abgang auf Komödienstreifen und Komödianten anzumelden. (M. S.)

Der Kölner Dom in Gefahr. Der Verwaltungsausschuss des Zentral-Dombauvereins hat an den preussischen Minister für Volkswohlfahrt eine Eingabe über die Lage der Kölner Dombauhütte gerichtet. Die Instandsetzungsarbeiten an den Steinwerken des Domes müßten eingestellt und damit der immer weiter um sich greifenden Verwitterung und Zerstörung vorläufig freier Lauf gelassen werden. Zur Bestreitung des Lohnes und für die Beschaffung und Instandhaltung der Werkzeuge usw. ist der Betrag von etwa 60 850 Goldmark monatlich erforderlich. Dem Verein ist es unmöglich, selbst zu einem kleinen Teil diese Summe aufzubringen. Es wird daher gebeten, die Ausgabe einer wertbeständigen Lotterie zu genehmigen.

Theater. Am Lessing-Theater geht in Abänderung des Spielplans auch am Sonnabend Faustmanns „Michael Kramer“ in Szene. — Am Deutschen Opernhaus wird unter Leitung von Generalmusikdirektor Leo Slezak eine musikalische Neuauflage von Beethovens „Fidelio“ vorbereitet, die nach in der ersten Hälfte dieses Monats in Szene geht.

Das Kölner Volkshochschule-Museum wurde am Sonnabend in der neuzeitlichen Abteilung wieder eröffnet. Das neue Museum ist das Werk Prof. Feders. In wenigen Wochen soll auch die römische Abteilung neu geordnet sein.

Schwedische Lehrkräfte. Da die Einführung des Schwedischen als wählbares Fach an höheren Schulen in Aussicht steht, beschäftigt das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, in diesem Winter Lehrgänge im Schwedischen für Lehrer höherer Schulen einzurichten.

Die amerikanische Kassepediton zum Nordpol. Der amerikanische Marineoffizier Peabody erklärte nach einer Redeung aus Washington, die Küste, eine Expedition der amerikanischen Marine zu unternehmen, seien nunmehr fertiggestellt.



## Diktatoren werden gesucht.

### Zum Kampf gegen den inneren Feind.

Solange Aussicht auf einen Bürgerblock bestand, der den Ansprüchen der Deutschenationalen genügte, hörte man nichts mehr von der Diktatur. Jetzt lassen die Vorkämpfer von neuem ihren Ruf erschallen. Nach dem Münchener Fiasko und dem vielumstrittenen Verhalten Kahrs ist man allerdings in einiger Verlegenheit um einen geeigneten Kandidaten. Die „Deutsche Zeitung“ versucht es deshalb nach einigen schüchternen Anläufen in den vorhergehenden Tagen endgültig mit dem Militäroberbefehlshaber. Es heißt in dem völkischen Blatt:

„Fest scheint nur das eine zu stehen, daß das nationale Deutschland einem Manne mehr zugewandt hat, als er bis jetzt verwirklicht hat.“

Es stammt nicht erst aus neuester Zeit, daß man sich im nationalen Deutschland Gedanken darüber machte, welche Rolle einmal der derzeitige Chef der Heeresleitung, der General v. Seeckt, bei einem Aufbruch des nationalen Feuers spielen würde. Zwar hatte man des öfteren gehört, der General werde nach seinen eigenen Worten sowohl auf Rechts als auf Links schleifen lassen, und in der Tat war unser bestes und sicherstes Bollwerk, die nationale Reichswehr, nicht durch ihre oder ihrer Führer Schuld, in den letzten Wochen zweimal in die höchst unerfreuliche Lage versetzt worden, daß sie ausgerechnet gegen die mit der Waffe einschreiten mußte, mit denen sie über kurz oder lang Schuttler an Schulter gegen den inneren Feind und den äußeren Feind wird zu Felde ziehen müssen.

Um die „unerfreuliche Lage“ der Reichswehr zu bessern, mahnt die „Deutsche Zeitung“ nun nicht etwa ihre völkischen Gefinnungsgenossen zur Besinnung, sondern sie dringt in General v. Seeckt, unter Mißbrauch seines Eidens und der Verfassung die Militärdiktatur zu proklamieren, und sagt ihm bei dieser Gelegenheit folgende Liebenswürdigkeiten:

„Der General v. Seeckt hat, ohne es vielleicht selbst zu sehen, wie so oft in den letzten Monaten, durch sein passives Verhalten dem sterbenden Parlamentarismus eine neue Kampferpriße gegeben, er hat es nicht verhindert, daß die Machtmittel des Staates und des Verwaltungskörpers des größten Landes im Staate, Preußens, auch in Zukunft dem Judentum, der Sozialdemokratie und dem Pazifismus dienstbar bleiben. Kompromiß und Schwäche sind wieder Trumpf, und das in einem Grade, in dem genau genommen eine ihrer Natur nach Entscheidung suchende und kraftvoll handelnde Militärdiktatur herrscht. Der General v. Seeckt hat sich ohne Kampf und ohne Widerstreben durch einen sozialdemokratischen Reichspräsidenten und einen parlamentarischen Künzler die Macht aus der Hand nehmen lassen. Was Stresemann selbst nicht fertig bekam, hat er durch Würg und Ebert verrichten lassen. Der Ringkampf Seeckt-Stresemann hat zunächst mit einem Siege des letzteren geendet.“

Zum Schluß droht der Artikel mit der Strafe. Die „Volksbewegung“ werde sich auf die Dauer weder mit Verordnungen und Paragraphen noch mit Maschinengewehren und Bajonetten zurückdammen lassen.

Diese Methode, einen geeigneten Kandidaten zum Diktator zu befördern, erinnert recht lebhaft an Kahrs Bergewaltigung „in einem anderen Raum.“

## Kein Abbau der Kohlenpreise?

Nachdem am Lebensmittelpreis ein gewisser Abbau der Preise eingetreten ist, wäre eine Ermäßigung der übersteigerten Rohstoffpreise dringend notwendig, um die beabsichtigte Preisentfaltung auf breiter Grundlage durchzuführen. Der Bergbau sperrt sich allerdings vorläufig gegen diese Zumutung. WTB. meldet nämlich:

Eine Ermäßigung der Kohlendollarpreise, die am 15. Oktober herabgesetzt und seitdem wieder erhöht worden sind, steht vorläufig nicht in Aussicht. Sie kann nach sachmännischem Urteil erst in Frage kommen, wenn die Regelung der Arbeitszeitfrage im Bergbau durchgeführt und zur Wirkung gekommen ist und wenn der wertbeständige Geldüberweisungsverkehr sich eingeführt hat.

Die Notiz ist einigermaßen erstaunlich. Früher wurde immer wieder auf die gewaltigen Materialpreise hingewiesen, wenn man die Kohlenpreise erhöhte. Jetzt scheint man seit einiger Zeit die Wirkung der Materialpreise auf den Kohlenpreis vollkommen vergessen zu haben. Die Durchführung des wertbeständigen Geldüberweisungsverkehrs steht unmittelbar bevor. Mindestens ist es schon jetzt möglich, über die Rentenmarktkonten der Banken derartige Ueberweisungen vorzunehmen. Infolgedessen ist dieser Einwand gegen eine Preisermäßigung auch nicht stichhaltig. Offenbar hat man es vielmehr darauf abgesehen, auf die Verbraucher einen Druck auszuüben, um für eine Erhöhung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau Stimmung zu machen. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß im Kohlenbergbau mit Zustimmung der Gewerkschaften bereits ein Ueberstundenabkommen abgeschlossen ist. In anderen Gebieten, wo man die Kohle kaum mehr absehen kann und deswegen bereits Forderungen eingeleitet hat, kommt eine Verlängerung der Arbeitszeit ernsthaft gar nicht in Betracht. Es ist dringend zu verlangen, daß das Reichswirtschaftsministerium die Frage der Kohlenpreise ohne Rücksicht auf politische Nebenabsichten der Bergherren einer gründlichen Prüfung unterzieht und auf den Abbau der Kohlenpreise hinwirkt.

## Gegen die Entwertungszuschläge.

### Richtlinien für die Preiskalkulation.

Im Reichswirtschaftsministerium hat gestern, Dienstag eine Sitzung des Ausschusses der Preisprüfungsstellen unter Teilnahme aller zuständigen Zentralbehörden statt. Die Sitzung wurde vom Reichswirtschaftsminister Hamm persönlich eröffnet, der in seiner Ansprache darauf hinwies, daß bei wertbeständiger Zahlung die verschleierten Risikoprämien abzustellen seien, und daß man bestrebt sei, die Preiskalkulation übergeben müsse, um durch überhöhte Preiskalkulation die Nachprüfung durch Behörden und Verbraucher zu ermöglichen.

Das Ergebnis der mehrstündigen Verhandlungen fand u. a. in folgender Entschiedenheit Ausdruck:

1. Eine reine Goldmarkkalkulation darf Papiermarkentwertung und Papiermarkaufschritten usw. nicht enthalten; zur Goldmarkkalkulation ist unverzüglich überzugehen.

2. Solange im Endpreis einer Ware ein Zuschlag für Papiermarkentwertung enthalten ist, ist bei Zahlung in wertbeständigem Geld ein Abschlag in Höhe des eingerechneten Zuschlages für das Papiergeldrisiko zu gewähren.

3. Die Kriegspreise werden zu Vergleichszwecken vom Reichswirtschaftsministerium und anderen Zentralbehörden in stürze veröffentlicht.

## Preußen und die besetzten Gebiete.

Ministerpräsident Braun wird zu Beginn der heutigen Sitzung eine längere Erklärung über die Rhein- und Ruhrfrage abgeben. An die Erklärung schließt sich die Aussprache an.

Das Reichskabinett hat sich am Montag und Dienstag in einem besonderen Ausschuss mit den Fragen des besetzten Gebietes beschäftigt. In diesem Sonderausschuss wurden unter Zugliederung von Mitgliedern des preussischen Kabinetts die für das besetzte Gebiet wichtigsten Fragen, wie Währung, Finanzfragen, Ernährungsfragen, Erwerbslosenfürsorge, Besatzungslasten, Fürsorgemaßnahmen und Entschädigungsfragen, eingehend erörtert. Die von dem Ausschuss gefassten Beschlüsse sollen die Grundlage für die Beschlüsse des Kabinetts bilden.

Paris, 4. Dezember. (WTB.) Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten veröffentlicht durch Hanas folgende Mitteilung: Auf Vorschlag des Generals Degoutte haben die französischen und die belgische Regierung beschlossen, bereits jetzt gewisse Verwaltungs- und Begnadigungsmassnahmen zugunsten ausgewiesener und Verurteilter zu treffen. General Degoutte steht auf dem Standpunkt, daß der passiv Widerstand wirklich aufgehört hat, wenn einerseits die Arbeit der Bergwerke und Fabriken tatsächlich aufgenommen ist und andererseits die Abmachungen, die mit dem Deutschen Reich über den Betrieb der Rhein- und Ruhrreisbahnen geschlossen wurde, von der Berliner Regierung ratifiziert und zur Anwendung gelangt sind. Der Tag für das Inkrafttreten dieser Bestimmungen ist der 10. Dezember. Die Umgruppierungen der Truppen zu dem Zweck, den Kontakt mit der Bevölkerung zu vermindern, haben bereits begonnen und werden schrittweise durchgeführt werden.

## Zweidrittelmehrheit im Reichsrat.

Der Reichsrat hat in seiner gestrigen Sitzung das Ermächtigungsgesetz mit 45 gegen 9 Stimmen, also mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen. Er hat dabei mit Zustimmung der Reichsregierung die Wendung eingefügt, daß ebenso wie der Reichstag auch der Reichsrat berechtigt sein soll, die Aufhebung von Verordnungen zu verlangen, die auf dem Wege des Ermächtigungsgesetzes erlassen worden sind. Gegen das Ermächtigungsgesetz stimmten die Vertreter von Sachsen, Braunschweig und von der preussischen Rheinprovinz. Der Stimme enthielt sich Thüringen. Bayern behielt sich vor, seine Stimmabgabe im Protokoll nachzutragen.

Zu Beginn der Sitzung stellte sich

### Reichskanzler Marx

mit folgenden Worten vor:

Ich kann Ihnen versichern, daß es mein ernstes Bestreben sein wird, mit den Vertretern der Länder sowohl in ihrer Eigenschaft als Regierende wie als Einzelpersonen in allerengster und wärmster Beziehung zu bleiben. Ich lege Wert darauf, daß Fragen, die so außerordentlich leicht zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Reich und Ländern führen, Fragen, wie sie die nicht nach allen Richtungen hin gut ausgebildete Art unserer Verfassung mit sich bringt, meines Erachtens nur durch gegenseitiges Vertrauen und gegenseitige Verständigung erledigt werden können, wenn nicht das Ganze und auch das Einzelne Schaden leiden soll, und in dieser Richtung werden meine Bestrebungen stets von dem Gedanken getragen sein, daß zwischen Reich und Ländern ein warmes, herzliches Vertrauensverhältnis, soweit wie irgend möglich bestehen soll. Solange ich an dieser Stelle stehe, soll es mein Bestreben sein, alles hintanzuhalten und aus dem Wege zu räumen, was irgendwie geeignet sein würde, das Verhältnis zwischen Reich und Ländern zu verschlechtern und nicht zu machen, das ich erstrebe. Ich möchte aber auch dringend bitten, daß die Herren, denen ich auch persönlich in jeder Beziehung nahestehe, auch mir gegenüber Vertrauen an den Tag legen dadurch, daß, wenn Sie irgendwelche Wünsche, sei es in amtlicher Eigenschaft, sei es als Personen an mich zu richten haben, dies unter allen Umständen ohne alle Umschweife tun. Ich werde Ihnen, soweit es meine schwachen Kräfte vermögen, jederzeit zur Verfügung stehen und bin bereit, jede Frage von Mann zu Mann zu behandeln im Sinne der Vaterlandsliebe und mit dem ersten Ziel, dem Reich und den Ländern Bestehen und Wohlergehen zu sichern und zu fördern.

Preussischer Staatssekretär Weichmann erwiderte dem Reichskanzler.

Nunmehr sollte in die Tagesordnung eingetreten werden. Da noch keine Ausschussberatung stattgefunden hat, wurde zunächst die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wurde als Ergebnis der vertraulichen Beratungen mitgeteilt:

Der Reichsrat ist der Meinung, daß das Ermächtigungsgesetz ein verfassungsänderndes ist, also zu seiner Annahme im Reichsrat und im Reichstag einer Zweidrittelmehrheit bedarf.

Die Vorschläge der Reichsregierung werden nicht als eine hinreichende Wahrung der Interessen des Reichsrats und der Länder angesehen, aber der Reichsrat geht nicht soweit, seine Zustimmung als Voraussetzung für jede gesetzgeberische Maßnahme der Reichsregierung unter dem Ermächtigungsgesetz zu betrachten. Die Reichsregierung hat erklärt, daß dem Verfassungsartikel 67 gemäß mit den Ausschüssen des Reichsrats weiter verhandelt werden soll. Der Reichsrat verlangt aber weiter — und das ist ihm zugestanden worden — daß dasselbe Recht, die Aufhebung einer unter dem Ermächtigungsgesetz erlassenen Verordnung zu verlangen, das dem Reichstag zugestanden ist, auch dem Reichsrat gewährt wird. Der Absatz 2 im ersten Paragraphen des Ermächtigungsgesetzes soll entsprechend geändert werden.

Vor der Abstimmung verlas der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Abg. Höring, eine längere Erklärung, die auf die wirtschaftliche und finanzielle Notlage hinweist und bemängelt, daß die Reichsregierung nicht genug getan habe, um ihr zu begegnen. Der militärische Ausnahmezustand sei ein Unrecht an Sachsen. In der Erklärung wurde eine Reihe von Beschwerden vorgebracht.

Für die thüringische Regierung gab General Dr. Wanzel eine Erklärung ab, in der ebenfalls unter Angabe von Material gegen den Ausnahmezustand protestiert wird.

Auf Antrag des preussischen Staatssekretärs Weichmann wurden die von der Provinz Sachsen und Thüringen vorgebrachten Wünsche und Beschwerden einem Ausschuss überwiesen.

Landesrat Gerlach erklärte als Vertreter der preussischen Rheinprovinz: Ich kann dem Ermächtigungsgesetz nicht zustimmen. Die außenpolitischen Interessen des Reiches hindern mich, diesen Standpunkt ausdrücklich darzulegen. Ich kann nur kurz erklären, daß zu der Politik eines Teils der Männer, die gegenwärtig in der Reichsregierung sitzen, die weitesten Kreise der rheinischen Bevölkerung nicht das Vertrauen haben, das vorhanden sein müßte, um einem so weittragenden Gesetz die Zustimmung zu geben.

Staatsrat Dr. von Wolf erklärte, er behalte sich vor, die bayerische Stimme nachträglich zu Protokoll zu geben. Staatsrat v. Wolf protestierte ferner gegen die Behauptung Hörings, die Unruhen und die Zustände in Bayern hätten zum Reichsausnahmezustand geführt. Man habe zwar politische Unruhen in Bayern gehabt, aber das sei nicht die Ursache des Ausnahmezustandes gewesen, die vielmehr in den Verhältnissen im Reich gelegen habe. (1)

Nachdem noch der Vertreter der braunschweigischen Regierung sich gegen das Ermächtigungsgesetz ausgesprochen hatte, wurde die oben erwähnte Abstimmung vorgenommen.

## Der Arztstreik.

### Entschließung der sozialistischen Ärzte.

Am 3. Dezember fand im Stadigeundheitsamt eine Versammlung der sozialistischen Ärzte Berlins statt, in der Genosse Stutz über die Stellungnahme der sozialistischen Ärzte zu den neuen Verordnungen des Reiches und zum gegenwärtigen Konflikt mit den Krankenkassen referierte.

Diese Versammlung war sehr nötig geworden, da durch die Resolution des Vorstandes in Nr. 559 des „Vorwärts“ vom 30. November, die eine Solidarität ohne jede Einschränkung mit den bürgerlichen Ärzten im Kampf mit den Krankenkassen aussprach und die noch ganz unter dem Eindruck der Rotverordnung, ohne Kenntnis der Ausführungsbestimmungen, gefaßt war, hartes Bestreben in den Kreisen der sozialistischen Ärzte hervorgerufen hatte. Besonders die Genossen Professor Grothjahn und Woske vom Reichstag und Wenzl vom Landtag wandten sich als Politiker dagegen. Sie teilten mit, daß auch die bürgerlichen Parteien beginnen, von dem Arztstreik abzurücken, da sie mit vollem Recht den Führern der Ärzte den Vorwurf machen, daß sie gerade die Zeit der Kabinettskrise für die Erklärung des vertragslosen Zustandes benutzten und daß in den großen Ärzteversammlungen von vielen Seiten erklärt wurde, dieser Streik müsse mit der Zerstörung des sozialen Versicherungswesens enden.

Genosse Grothjahn erklärte sehr richtig, daß ein solches Vorgehen eines einzelnen Standes gegen eine Rotverordnung der Reichsregierung in der Zeit der höchsten Not sehr schnell zur Auflösung des Reiches führen würde. Ganz besonders müssen sich aber die sozialistischen Ärzte gegen den Versuch wenden, einen Keil zwischen die Ärzte und Krankenkassen zu treiben, wie von den bürgerlichen Ärzten in der Erwartung einer stillschweigenden Duldung durch die sozialistischen Ärzte versucht wird. Denn in diesem Kampfe um das soziale Versicherungswesen ist unser Platz auf der Seite des Proletariats.

Die Versammlung nahm schließlich folgende Resolution der Genossen Wenzl und Drucker einstimmig an:

„Der Verein sozialistischer Ärzte steht durch das Eingreifen des Reichspräsidenten und die Erklärungen des Reichsarbeitsministers den Streikfall bezüglich der Verordnung über die Krankenhilfe in seinen wesentlichen Punkten als erledigt an. Er gibt daher der Erwartung Ausdruck, daß die zwischen den Ärzten und Krankenkassen noch bestehenden Differenzen im Interesse der Versicherten sehr bald beseitigt werden.“

## Die Grundsteuer im Landtag.

Der Landtag beschäftigte sich gestern nach Ueberweisung der Kirchenverfassungsfrage an den Ausschuss mit der ersten Beratung der vom Ständigen Ausschuss beschlossenen und vom Staatsministerium mit Gesetzeskraft erlassenen Verordnungen, besonders steuerrechtlicher Art, wie des Kommunalabgabengesetzes, der Novelle zur Gewerbesteuer, der Abänderung des Haussteuergesetzes usw. Während die Vertreter der Sozialdemokraten, der Demokraten und des Zentrums sich mit den Ergebnissen zufrieden erklärten, brachten die Deutschenationalen drei schwere Kanonen auf einmal in Front. Herr Winkler führte den Hauptangriff, die Herren Bader und Milberg sekundierten. Abg. Winkler sagte, die Rechtmäßigkeit der Verordnungen anzuzweifeln, da bei ihnen der Staatsrat ausgeschaltet gewesen sei und da der Ständige Ausschuss nur in Rottfällen in Erscheinung zu treten habe, was in diesem Falle nicht nötig gewesen sei. Außerdem überlasse die Belastung der Landwirtschaft durch die neue Grundsteuer jedes Maß.

Gegen diese Ausführungen ging Abg. v. Egern als Vertreter der Deutschen Volkspartei mit erfreulicher Klarheit und Schärfe vor. Die Rotgesetzgebung durch den Ständigen Ausschuss sei voll berechtigt. Der Notstand sei außerordentlich genug. Im Reichstag sei man noch weiter gegangen und arbeite mit einem besonderen Ermächtigungsgesetz. Die Deutschenationalen, so erklärte der Redner weiter, bekämpfen den Parlamentarismus als abgewirtschaftet. Ueber er jedoch im Interesse des Staates Selbstbeschränkung, so sei er ihnen auch nicht recht. (Hört, hört!)

Nach Erledigung der Debatte wird ein großer Teil der Rotverordnungen zur weiteren Beratung dem Hauptausschuss überwiesen.

Nach aussprachloser Verabschiedung des Entwurfs über die Ausfertigung von Staatsschuldurkunden vertagte sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr: Beratung der Anträge betr. die Zustände im Rhein- und Ruhrgebiet.

## Anhaltende Markbesserung in New York.

Die Markbesserung an den ausländischen Börsenplätzen hält an. Gestern wurde aus New York ein Markkurs gemeldet, der bereits um 5 Proz. unter der Berliner Notierung liegt. Der Dollar stellte sich auf 4 Billionen Papiermark.

## Riesenschlebung in Hamburg.

Hamburg, 4. Dezember. (WTB.) Wie das „8-Uhr-Abendblatt“ meldet, haben die Hamburger Behörden eine große Schlebung mit Chemikalien aufgedeckt. Es war bereits seit langem bekannt, daß mit diesen Artikeln unerlaubte Auslandsgeschäfte gemacht wurden. Durch Zufall gelang es jetzt, die großartig ausgebaute Organisation der Schleber aufzudecken. Vor kurzem war nämlich durch Verhaftung eines der Haupttäter der Staatsanwaltschaft umfangreiches Material in die Hände gefallen. 20 bis 25 große, teils recht angelegene Firmen konnten der Teilnahme an den Schlebungen überführt werden. Insgesamt wurden ungefähr siebzig Personen, darunter Firmeninhaber, Produzenten und Angestellte, verhaftet. Die Mehrzahl der Verhafteten ist gefällig. Der Wert der verschobenen Güter soll in Goldmark eine sieben- bis achtfache Zahl ausmachen. Für die Beteiligung von Zoll- und anderen Beamten bestehen keine Anhaltspunkte. Die Mehrzahl der Verhafteten ist inzwischen gegen hohe Kaution wieder aus der Haft entlassen worden. Die Handelskammer hat einer Reihe beteiligter Firmen bereits die Handelsereignisse entzogen. Weiter wird sich das Ehrengericht der Börse in den nächsten Tagen mit der Sache befassen.

Wie er sich räuspert... Eine Festsatz hat man dem bayerischen Generalstaatskommissar bei aller Kritik seiner politischen Handlungen mildernde Umstände zubilligen können, weil er sich Mühe gab, original zu sein. Das hat, seit er selber Wirtschaftspolitik treiben darf, aufgehört. Getreulich ahmt er nach, was das verfluchte Sündenbabel Berlin mit den marxistischen Genossen steuert und Organsicht ihm vormacht. So hat jetzt der Generalstaatskommissar Kahr eine Verordnung über die Entfernung der sogenannten Risikoprämien aus der Kalkulation erlassen mit der Begründung, daß durch die Versorgung mit wertbeständigen Zahlungsmitteln und infolge des Umstandes, daß sich der Wert der Papiermark im In- und Auslande ausgeglichen habe, solche Einkalkulation nicht mehr nötig sei. Zu widerhandlungen werden mit Gefängnis oder Geldstrafe in unbeschränkter Höhe geahndet. Außerdem erfolgt Einziehung der Gegenstände, bei denen die Preise unter Einfluß der Risikoprämie kalkuliert wurden. — Die Praxis der Bundesbehörden in Berlin läuft genau auf das gleiche hinaus, was Kahr treibt. Er hat seinem lieben Feinde und marxistischen Innenminister in Preußen alles abgedruckt!



# Gewerkschaftsbewegung

## Die Erhöhung der Arbeitszeit der Beamten.

Im Reichsministerium des Innern fanden gestern unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Fall Besprechungen über die Erhöhung der Arbeitszeit der Beamten statt, wie sie das Kabinett im Rahmen des Ermächtigungsgesetzes plant. An der Konferenz nahmen die Spitzenorganisationen der Beamten ohne Ausnahme teil.

Der Vertreter der Regierung gab in längeren Erklärungen die Absicht der Regierung bekannt und legte die Richtlinien vor, die für die Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten entworfen worden sind. Er begründete die Maßnahme der Regierung vor allem mit finanziellen Notwendigkeiten. Durch den Abbau der Beamenschaft entstehe ein erhöhtes Maß von Arbeit für die zurückbleibenden Beamten, und dieses Maß von Arbeit müsse geleistet werden, ohne daß dem Staat daraus weitere Ausgaben erwachsen. Die Pflicht der Beamten sei es, in diesen so schweren Zeiten den Staat mit der ganzen Kraft der Persönlichkeit zu unterstützen.

Von den Beamtenvertretern wurde erklärt, daß man sich mit der geplanten Verordnung der Regierung keineswegs einverstanden erklären könne. Die Beamten seien ihrerseits bereit, Mehrarbeit zu leisten, wenn dies vom Staat verlangt werde, da der Beamte seinerseits bereit sei, am Wiederaufbau Deutschlands mitzuarbeiten. Es ginge jedoch nicht an, daß man auf dem Wege der Verordnung hier in einer Weise eingreife, wie man das beim Beamtenabbau und bei der Verringerung der Besoldung getan habe. Die Beamten müßten verlangen, daß die Erhöhung der Arbeitszeit durch Gesetz geregelt werde. Eine gesetzliche Änderung werde man ohne weiteres anerkennen, doch wünsche man, daß bei der Beratung des Gesetzes die Beamenschaft die Möglichkeit habe, auch ihrerseits ihre wohlverordneten Rechte zu vertreten, die bereits zu wiederholten Malen von der Regierung außer Kraft gesetzt worden seien. Es gehe nicht an, daß man das Beamtenum Stütz für Stütz abbaue. Die Erhöhung der Arbeitszeit stehe im innigsten Zusammenhang mit dem Beamtenabbau und mit dem Arbeitszeitgesetz sowie mit der Besoldungsfrage. Nur wenn der ganze Komplex dieses Problems einheitlich behandelt werde, könne etwas Ersprießliches geschaffen werden. Es wurde von allen Organisationen eine dahin lautende Erklärung der Regierung übermittle.

In den nächsten Tagen sollen noch einmal im Ministerium des Innern Besprechungen über diese Angelegenheit stattfinden. Vorher wollen die Beamtenorganisationen ihrerseits Stellung nehmen und in der nächsten Sitzung eine gemeinschaftliche Erklärung abgeben.

## Der Lohnkonflikt in der Metallindustrie.

Gestern fand eine Konferenz der Vorsitzenden der Betriebs- und Werkerräte der Berliner Metallindustrie statt, welche sich mit dem Ergebnis der Urabstimmung über den Schiedspruch der Metallindustrie zu beschäftigen hatte.

Urich vom Metallarbeiterverband gab einen Bericht der Urabstimmung und schilderte die wirtschaftliche Lage. In der Diskussion kam der lebhafteste Wunsch zum Ausdruck, mit allen Mitteln zu arbeiten, um die Organisation zu stärken, um dadurch die organisierten Angriffe der Unternehmer abzuwehren. Scharf wurde in der Diskussion die Doppelzüngigkeit der BMA-Vertreter geäußert. So wurde z. B. den Vertretern des Metallartikels bei den Verhandlungen mit dem BMA erklärt, der BMA wolle den Schiedspruch abgelehnt. Bei einer Verhandlung mit der Firma Keiling und Thomas erklärte Herr Keiling im Auftrage des Verbandes Berliner Metallindustrieller, dieser hätte den Schiedspruch angenommen und die Vertreter des Metallartikels hätten dem BMA den Vorschlag gemacht, die Löhne des Schiedspruches zu unterteilen in einen Grundlohn und einen Uebererzeugungszuschlag.

Wer ist nun derjenige, der es mit der Wahrheit nicht genau nimmt? (Herr Oppenheimer oder Herr Keiling?) Wir erwarten Antwort.

Die Funktionäre haben nach dem Resultat der Urabstimmung beschlossen, den Schiedspruch als angenommen zu betrachten und die Vertreter des Kartells beauftragt, auf Grund des Schiedspruches die Löhne nun zu regeln. Damit ist der Lohnkampf nicht beendet, sondern er tritt erst in ein entscheidendes Stadium ein. Arbeiter, rüßt Euch zum Kampf!

## Bedingte Annahme des Ueberstundenabkommens.

Hochum, 4. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Bergarbeiterverband hielt am Dienstag eine Plenarsitzung zur Entscheidung über die Frage der Ueberstunden ab. In einem Referat schilderte Genosse Maximilian die wirtschaftliche Lage des Ruhrgebietes, die Verhandlungen mit den Franzosen, die Belastung durch die Räumung und das Vorgehen der Unternehmer in der Frage der Arbeitszeit. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes gab in der Konferenz bekannt, daß man versuchen müsse, durch weitere Verhandlungen Verbesserungen des Abkommens zu erreichen, und schlug aus diesem Grunde vor, die Konferenz möge sich grundsätzlich mit dem Ueberstundenabkommen einverstanden erklären und den Verhandlungsstand beauftragen, sofort energische Versuche zur Verbesserung des Abkommens zu machen.

In der sehr lebhaften Debatte kam allgemein zum Ausdruck, daß für die Einstellung sämtlicher Arbeiter bestimmte Garantien gegeben werden, daß die Wirkung der Betriebsräte gesichert werde und das Abkommen unter keinen Umständen länger laufen dürfe als der Tarifvertrag. Der Vorschlag des Vorstandes wurde am Schluß in geheimer Abstimmung mit 90 gegen 92 Stimmen angenommen.

Der Bergarbeiterverband erwartet, daß sowohl Regierung als Unternehmer den Vorschlägen, die jetzt gemacht werden, gehörend Rechnung tragen und die bereits eingeleiteten Verhandlungen zu einem günstigen Ende führen. Wie in der Konferenz noch mitgeteilt wurde, hat die Polnische Berufsvereinigung das Abkommen angenommen, der Hirsch-Dundersche Verband sich dafür ausgesprochen, während vom Christlichen Bergarbeiterverein, dessen Vertreter in Berlin das Abkommen mit abgelehnt und unterzeichnet haben, am Sonntag der Vorstandsvertreter sich gegen das Abkommen aussprach. Doch wird angenommen, daß das Abkommen von der ebenfalls am Dienstag stattfindenden Plenarsitzung angenommen wird.

## Die Schwerindustrie greift an!

Wie uns aus Dortmund berichtet wird, wurde am Montag annähernd 4000 Angestellten und Arbeitern des Eisen- und Stahlwerks „Union“ in Dortmund gekündigt. Unter den Kündigten befinden sich viele Arbeiterbescheidigte, die auf Grund der geltenden Bestimmungen seinerzeit eingestellt werden mußten. Wie wir hören, soll auf der „Union“ die Normalarbeitszeit auf 10 Stunden wieder ausgedehnt werden. Die Betriebsleitung folgt dabei anscheinend dem Beispiel des Thyssen-Konzerns, der ebenfalls versucht, Verlängerungen der Arbeitszeit durchzusetzen.

Dem Beispiel der Gesellschafter-Gewerkschaft folgend, haben nunmehr auch die Gewerkschaftskartelle von Essen und Bochum den Arbeitlosen die Anweisung gegeben, trotz des Widerstandes der Unternehmer, in die Betriebe zurückzukehren.

## Unterstützung der deutschen Gewerkschaften.

Die Internationale Transportarbeiter-Föderation berichtet: Am 24. November ist ein neues Rundschreiben zugunsten der Unterstützungsbewegung für die deutschen Gewerkschaften verfaßt worden.

Die Eisenbahner-Union der Tschechoslowakei hat bereits berichtet, daß unter der Mitgliedschaft eine Unterstützungsbewegung eingeleitet worden ist und daß die Bundeskasse vorläufig einen Betrag von 30 000 tschechischen Kronen (gleich 6700 Goldmark, 8362,50 Schweizer Franken oder 334 Pfund Sterling) zur Verfügung gestellt hat.

Der österreichische Transportarbeiterverband stellte bisher 300 Millionen Kronen (gleich etwa 19 500 Goldmark, 24 230 Schweizer Franken oder 980 Pfund Sterling),

der französische Eisenbahnerverband 1000 französische Franken (gleich etwa 250 Goldmark, 309 Schweizer Franken oder 125 Pfund Sterling) zur Verfügung.

Von der Abteilung Haarlem des holländischen Verbandes des Eisenbahn- und Tramwaypersonals wurden 113,16 holländische Gulden (gleich 192 Goldmark) als Ergebnis einer Kollekte überfandt, die im Anschluß an eine Versammlung, in welcher Firmen über die Vorgänge in Deutschland sprach, erhoben worden ist.

## Der französische Bergarbeiterstreik.

Im Augenblick, wo der reguläre Bundesverband der französischen Bergarbeiter mit den Vertretern der Bergwerksgesellschaften wegen Lohn erhöhungen in Unterhandlung stand, leitete die national kommunistische Organisation anfangs vorigen Monats einen Streik ein, in den sie auch Gruppen des ersten Verbandes hinzuzuziehen hoffte. Diese Hoffnung erfüllte sich jedoch nicht. In den wichtigsten Bezirken des Nordens, wo man insgesamt 110 000 Bergarbeiter zählt, erreichte die Zahl der Streikenden nur einige Tausend. Die reguläre Organisation setzte inzwischen ihre Anstrengungen fort, und es gelang ihr, Abmachungen zu erzielen, die natürlich ein Kompromiß darstellen, jedoch immerhin Lohn erhöhungen von im Maximum 3 Fr. pro Arbeitstag brachten. (Die ursprüngliche Forderung belief sich auf etwa 5 Fr.)

Da sich der reguläre Verband, der für verschiedene Gebiete immer noch mit den Unternehmern unterhandelt, nicht zugunsten eines Generalstreiks aussprach, ordnete auch die unitäre Organisation die Wiederaufnahme der Arbeit an.

Die „Humanité“, das Organ der Kommunisten, schreibt in einer Schlussbetrachtung den erzielten Erfolg auf die Rechnung der kommunistischen Aktion und hebt in ihm ein Resultat der „nationalen Solidarität der Bergarbeiter“ billiger Vorbeur!

## Die Arbeitslosigkeit in England.

In England beginnen nun auch Regierung und Unternehmer, sich ernstlich über den großen Umfang der Arbeitslosigkeit zu beunruhigen. Nach den offiziellen statistischen Angaben übersteigt die Zahl der Arbeitslosen immer noch eine Million. Am 6. August waren 1 191 800 Personen arbeitslos, und zwar 900 600 Männer, 213 700 Frauen und 77 500 jugendliche beiderlei Geschlechts. Nicht ohne Grund sieht man mit Besorgnis dem kommenden Winter entgegen.

Die Führer der englischen Arbeiter haben keine Gelegenheit veräumt, darauf hinzuweisen, daß einerseits die Arbeitslosenunterstützung so hoch sein müsse, daß sie die Arbeitslosen vor dem physischen und moralischen Untergang schützt, andererseits aber dafür gesorgt werden müsse, für die Arbeitslosen produktive Arbeit zu schaffen. Als es noch nicht vorauszusehen war, daß die Arbeitslosigkeit einen so dauernden Charakter annehmen würde, bekümmerten die Unternehmer sich nicht so sehr über die große Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Arbeitslosen. Im Gegenteil, sie haben es nicht ungerne, daß ihnen ständig eine große industrielle Reservearmee zur Verfügung stand. Nach und nach veränderten sich jedoch die Ansichten. Die Arbeitslosenunterstützung erfordert große Summen, die von den Steuerzahlern aufgebracht werden müssen, und dies ist wohl der Grund, daß nun auch die Unternehmer sich für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit interessieren. Im Parlament hat die Industriegruppe durch ihren Führer Sir Allan Smith Anträge über produktive Werkvermittlung für die Arbeitslosen eingereicht. In diesen Anträgen werden Forderungen erhoben, die, wenn auch in anderer Form, so doch im Prinzip schon jahrelang zum Programm der englischen Arbeiterpartei gehören.

In den Betrachtungen der englischen Arbeiterpresse über die Anträge der Industriegruppe wird besonders hervorgehoben, daß die Regierung in bezug auf das Problem der Arbeitslosigkeit eine nicht zu billigende Gleichgültigkeit an den Tag gelegt hat, daß aber auch nicht vergessen werden darf, daß die von den Unternehmern gestellten Anträge nur Palliativmittel darstellen, da sie das kapitalistische Produktionssystem unangefast lassen.

**Amerikanische Hafenarbeiterlöhne.** Die Internationale-Langlorensen-Association (Internationaler Dockarbeiterverband in den Vereinigten Staaten) vermochte für die Häfen an der nördlichen und in manchen Fällen für die an der südlichen Küste des Atlantischen Ozeans gelegenen Häfen eine Lohnerhöhung von ca. 15 Proz. durchzusetzen. Der Lohn beträgt jetzt im Tagelohn 80 Cents pro Stunde und 1,20 Schilling pro Stunde für Ueberarbeit und Arbeit an Sonn- und Feiertagen, bei 44stündiger Arbeitswoche für die vier Sommermonate und 48stündiger Arbeitswoche für die übrigen acht Monate des Jahres. Das sind also rund 148 bzw. 161 Goldmark die Woche.

**Werkmeister-Gewaltverweigerung Charlottenburg.** In der Monatsversammlung am Freitag, den 7. Dezember, hält der Verbandserwartende Kollege Buchmann einen interessanten Vortrag. Abdrucken des Vortrages ist erwünscht.

**Industrie-Gewerkschaften.** Freitag, den 7. Dezember, abends 8 Uhr, im Restaurant „Bürgerhaus“ in Reutem, Bezirk 147. Gelegenheit zur Beitragszahlung.

**Weggeföhre der Kunst- und Handwerkerzweige, Selbsthilfskassen etc.** Freitag, den 7. Dezember, abends 8 Uhr, im Restaurant „Bürgerhaus“ in Reutem, Bezirk 147. Gelegenheit zur Beitragszahlung.

**Konzertabend der Musikanten und Saiten (Gesellschaft Berlin).** Freitag, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Goal 1, Engelstraße 24/25, Central-Veranstaltung. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen aller dienstfreien Kollegen. Die Ortsverwaltung.

## Aus der Partei.

Der „Proletarier aus dem Culengebiet“, der Ende Oktober aus wirtschaftlichen Gründen sein Erscheinen vorläufig einstellen mußte, kommt Ende dieser Woche erneut heraus und zwar zunächst einmal wöchentlich.

## Lebensmittelpreise in Berlin am 4. Dezember

(in Milliarden Mark)	
Rindfleisch . . . . .	3000—3000
Kalb fleisch . . . . .	2500—3400
Hamm fleisch . . . . .	2400—3000
Schweinefleisch . . . . .	2000—3000
Lebende Schweine . . . . .	2500—3000
Hechte . . . . .	2200—2400
Karpfen . . . . .	2000—2100
Blau . . . . .	1200
Hechte in Eis . . . . .	1800—2100
Schlags in Eis . . . . .	2400—2500
Grüne Heringe . . . . .	600—800
Schellfisch . . . . .	800—900
Kabeljau . . . . .	900—1000
Margarine . . . . .	900—1300
Butter . . . . .	2500—2800
Weißkohl . . . . .	80
Wirsingkohl . . . . .	90—100
Rotkohl . . . . .	140
Möhrrüben . . . . .	60
Kohlrüben . . . . .	50
Kartoffeln (10 Pfd.) . . . . .	450

# Wirtschaft

## Die Wirtschaftslage im November.

Die von den preussischen Handelskammern erstatteten Berichte über die Wirtschaftslage im November, die vom Preussischen Handelsministerium zusammengefaßt sind, spiegeln den katastrophalen Niedergang der Wirtschaft in dem Monat vor Weihnachten, der in normalen Zeiten eine lebhaftere Geschäftstätigkeit zu bringen pflegt. Aus fast allen Industriezweigen wird ein vollkommenes Darniederliegen des Absatzes gemeldet. Im besetzten Gebiet war die Lage noch wie vor frohlos. Seine Stilllegung wirkte auch auf das unbesetzte Gebiet über.

Wie schon in den vorangegangenen Monaten hatten auch im November selbst Kohlengebiete unter Absatzschwierigkeiten zu leiden, obwohl ein gewaltiger Kohlenmangel herrscht. So mußten im Waldenburger Steinkohlenbezirk auf fast sämtlichen Gruben eine bis zwei Feiertage eingestellt werden, im mitteldeutschen Braunkohlengebiet wurden auf einigen Werken die Belegschaften um 15—45 Proz. herabgesetzt.

Absatzmangel kennzeichnet auch die Lage im Eisenerzbergbau und in der Kalkindustrie. In der letzteren erhofft man eine Besserung des Geschäfts, wenn genügend wertbeständige Zahlungsmittel eingeführt sind. Die Großindustrie des Ruhrgebietes lag still. Im unbesetzten Gebiet lag für Walzfabriken genügende Beschäftigung vor. In der Klein- und Stahlwarenindustrie des Solinger Bezirks verschlechterte sich die Geschäftslage weiterhin. Die Inlands- und Auslandsaufträge nahmen noch mehr ab. Man versucht die Auslandsaufträge um jeden Preis an sich zu reißen, was, wie die Handelskammer Altona bemerkt, zum Schaden des Ansehens der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt ausschlagen muß. Lokomotivbau und die landwirtschaftliche Maschinenindustrie arbeiten mit starken Einschränkungen. In der letzteren wird eine geringe Besserung des Absatzes verzeichnet. In der elektrotechnischen Industrie ist der Bestellsingang vielfach gering. Eine leichte Belebung des Absatzes wurde bei einzelnen chemischen Präparaten verzeichnet. Am Holzmarkt ist der Exportgeschäft völlig unterbunden. Die Papierindustrie kann im Ausland mit den niedrigen Preisen anderer Staaten nicht mehr konkurrieren. Eine neue Verschlechterung des Beschäftigungsgrades ist im graphischen Gewerbe durch die Einstellung des Rotendrucks hervorgerufen worden.

Die Konkurrenzunfähigkeit der deutschen Industrie tritt vereinzelt bereits im Inlandsmarkt in Erscheinung. Die Auslandsunternehmungen, die viel höhere Löhne zu zahlen haben als die deutschen Werke, unterbieten, z. B. bei Garnen, die Feinspinnerden, die, um nicht zu Scheuderpreisen zu verkaufen, einen erheblichen Teil ihrer Produktion auf Lager legen mußten. In der Textilindustrie ist im allgemeinen die Lage noch wie vor schlecht. Die wäuliger Tuchindustrie meldet indes in den letzten Tagen schwache Anzeichen einer geringen Besserung der Inlandsaufträge infolge der Einführung der Rentenmark. Das ist außerordentlich bezeichnend, weil man früher immer den verhängnisvollen Einfluß der Geldentwertung auf die Kaufkraft der Bevölkerung gefürchtet überlag und rücksichtslos die Preise in die Höhe schraubte. Eine leichte Belebung des Geschäfts wird aus der Wäschekonfektion gemeldet. Im Schuhhandel klagt man über die unzureichende Kaufkraft der Bevölkerung.

Die Ankündigung der Freigabe eines Teiles der Zuckerproduktion für den Export hat eine lebhaftere Nachfrage nach Zucker hervorgerufen. Die Fabrikanten brachten aber nur eine verhältnismäßig geringe Menge auf den Markt, so daß die Inlandspreise jetzt den Auslandsstand überschritten haben, obwohl auch auf dem Weltmarkt eine wesentliche Erhöhung der Zuckerpriese eingetreten ist. Der Einfluß des Deviseninstabilitätes auf die Versorgung der Bevölkerung geht aus der Tatsache hervor, daß die deutsche Hochseefischerei vielfach gezwungen war, ihre Fänge im Ausland zu verkaufen, da zur Bezahlung der ausländischen Rohle und sonstigen Bedarfsartikel für die Fischdampfer Devisen nur in sehr geringen Mengen zur Verfügung gestellt wurden. Dadurch ging die Belieferung der deutschen Märkte zurück und eine erhebliche Preissteigerung war die Folge.

Deutschlands Getreidezufuhr aus dem Auslande. Deutschland ist trotz seiner guten Ernte noch auf die Einfuhr von Getreide aus dem Auslande angewiesen. Während sonst als Lieferant hauptsächlich Amerika in Betracht kam, tritt neuerdings der Getreideexport Russlands in erheblichem Maße in Erscheinung. Diese Feststellung ist wichtig, nachdem man die russischen Ankündigungen eines größeren Getreideexportes anfänglich mit großer Skepsis aufgenommen hatte. Nach dem letzten Wochenbericht des deutschen Landwirtschaftsrats scheinen die russischen Exportleistungen doch immer mehr die Behauptung zu bestätigen, daß Rußland in der Tat für das Ausland ansehnliche Exportmengen übrig hat. Aus den über russischen Häfen sind in voriger Woche an Weizen 352 000 Quarters à 217,7 Kilogramm erpediert, an Roggen 169 000, an Gerste 101 000, an Mais 12 000 Quarters. Wenn man hierzu die gleichzeitigen Verschiffungen der Donauhäfen mit 36 000 Quarters Weizen, 27 000 Roggen, 42 000 Gerste und 54 000 Quarters Mais hinzurechnet, so sieht man, daß das südöstliche Ueberflusgebiet unseres Erdteils in der Tat für die Versorgung Europas nicht ganz ohne Bedeutung ist. — Diese Mitteilungen von deutscher agrarischer Seite spiegeln bereits die Besorgnis vor der Konkurrenz Russlands auf dem deutschen Lebensmittelmarkt, die im Interesse eines Abbaues des Brotpreises dringend zu wünschen ist.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Ernst Göttern; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freiwirtschaft: Dr. John Schilowski; Kolonial und Kontinental: Felix Barthold; Auswärtige Angelegenheiten: sämtlich in Berlin. Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 1, Stiege 1, Beilage.

## Die beste Sparsamkeit

bleibt verständige Körperpflege, denn Gesundheit ist Reichtum, ihre Vernachlässigung zeitigt kostspielige Folgen. Deshalb macht sich zum Beispiel eine hygienisch vollkommenere Zahnpflege vielfältig bezahlt, wird auch jedermann ermöglicht durch die maßvolle Preisgestaltung der vorbildlich wirkenden

## ZAHNPASTA NIVODONT

Ebenso tragen Anwendungen ihrer vorbeugenden Schutz gegen die Ansteckungskrankheiten der rauhen Jahreszeit: Grippe, Diphtherie usw. hohen Nutzen. Solchen Schutz gewähren zuverlässig die auch gegen üblen Mundgeruch sicher wirkenden

## CALCIFORM - TABLETTEN

Man besterhe in allen einschlägigen Geschäften auf NIVODONT und CALCIFORM! Und man achte überall auf den Raben!





Vorboten.

Die ersten goldenen Glitter, Samettafäden und andere liebliche Vorboten des Weihnachtsfestes schmücken die Schaufenster und die - Treppe. Es ist vor einigen Tagen an dieser Stelle bereits auf die unerschwinglich hohen Preise für Äpfel hingewiesen worden und es kann hinzugefügt werden, daß für das Pfund Äpfel drei Billionen verlangt werden. Vielleicht darf man hier aber als erklärend und entschuldigend anführen, daß es in diesem Jahre sehr wenig Äpfel gegeben und daß namentlich die Walmußernte fast ganz versagt hat. Für Weihnachtsbäume werden, wie wir erfahren, den Händlern offiziell drei und vier Goldmark gestattet werden. Das sind natürlich, an den Friedenspreisen und mit dem notwendigen Aufschlag infolge der allgemeinen Teuerung gemessen, sehr große Verdienstsparnen, die zugestimmt werden. Unter diesen Umständen kann man wohl annehmen, daß die Händler, die sich vorher bei der Polizei und den Preisprüfungsstellen nach dem zulässigen Preis erkundigen, sich stark mit Weihnachtsbäumen eindecken werden; dem kaufenden Publikum aber darf man den Rat geben, mit dem Einkauf der Weihnachtsbäume so lange wie möglich zu warten, denn die Händler werden, wenn der Absatz stockt, die Preise niedriger halten müssen und können es auch tun, weil ihnen ja große Verdienstsparnen gestattet worden sind.

Wie immer aber die Vorboten des nahen Weihnachtsfestes heißen und unter welcher Preisgestaltung sie erscheinen mögen, dem größten Teil der Bevölkerung werden sie nur auf das gründlichste, ja brutofte anzeigen, daß er nichts kaufen kann. Dazu kommt noch der Geld- und Preiswurm gerade jetzt vor Weihnachten. Die Papiermark, die Rentenmark, die Rabatt, die Papiergeldrisiko, unter diesen Dämonen wird auf dem Markt gekämpft, und die Käufer sind die Dummen dabei. Es ist hoch an der Zeit, daß die berufenen Stellen der Reichsregierung endlich Klarheit schaffen, aus dem Zustand der nun schon Wochen dauert, demnächst herauszukommen und Hilfe besinnen. Es ist durchaus notwendig und hat die höchste Eile, daß die Liste der notwendigen Lebensmittel mit den durchschnittlichen Friedenspreisen veröffentlicht wird, wie sie das Landespolizeiamt feinerzeit angelegt und auf das Dringliche der Veröffentlichung dieser Liste hingewiesen hat.

Indessen, die Herrschaften in den Ministerien haben Zeit, auch sehr viel Zeit. Sie lassen erst das Kind in der Brunnen fallen und erkaufen und dann tun sie auch noch nichts! Und das sind auch schöne Vorboten des Weihnachtsfestes!

Das erdroffelte Kind.

Eine nicht aufgeklärte Kriminalaffäre.

Vor der 7. Strafkammer des Landgerichts III hatte sich das Ehepaar Hellmann aus Spandau wegen fahrlässiger Tötung ihres einjährigen Kindes zu verantworten. Das Gericht mußte schließlich die Angeklagten wegen mangelnder Beweise freisprechen, ohne daß es gelang, die dunkle Kriminalaffäre aufzuklären.

Das Ehepaar Hellmann hatte eines Abends ein Vergnügen aufgesucht und bis zum frühen Morgen durchgeföhrt. Als es nach Hause kam, fand es das allein in der Wohnung gelassene Kind neben seinem Lager erdrückt liegen. Aus den näheren Umständen entstand der Verdacht, daß die Eltern die Tat selbst begangen hätten, um sich des Kindes zu entledigen. Das Ehepaar stand nämlich bezüglich in der Behandlung ihrer Kinder in der Nachbarschaft nicht im besten Ruf. Es wurde ihm zum Vorwurf gemacht, daß es schon ein früheres Kind unverorgt gelassen habe, als es auf den Tod daniederlag. Merkwürdigerweise wurde nun aber trotz der Anzeige die Leiche des Kindes nicht obduziert. Frau Hellmann hatte angegeben, daß sie vor ihrem Weggange das Kind auf der Chaiselongue niedergelegt und die beiden Pispel der Bettdecke um den Hals mit einem Bindfaden festgebunden habe, damit es sich nicht bloßstrampeln könne. Das Kind müsse dann aber doch heruntergefallen und dabei mit dem Hals in die Schlinge geraten sein. Bei der Heimkehr habe das Kind tot neben der Chaiselongue gelegen. Die Strangulationsmarke am Halse des Kindes befand sich aber merkwürdigerweise nicht auf der Seite, auf der das Kind heruntergefallen war. Dennoch konnte der Verdacht der absichtlichen Tötung nicht aufrechterhalten werden und das Ehepaar war nur

wegen fahrlässiger Tötung angeklagt, weil es das hilflose Kind in der gefährlichen Lage ohne Aufsicht gelassen habe. Da die Obduktion nicht vorgenommen war, konnte der Sachverständige überhaupt nicht die Todesursache feststellen. Es war auch nicht möglich, ob der Tod im fatalen Zusammenhänge mit der Art, wie die Mutter das Kind auf dem Lager untergebracht hatte, stehe, wenn der Arzt es auch als höchst unwahrscheinlich bezeichnete, daß das Kind auf diese Weise zu Tode gekommen sei. Das Gericht kam daher mangels Beweises zum Freispruch.

Die Wünsche der Fremden.

Eine Unterredung mit dem Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister Böß empfing gestern im Rathaus Vertreter der ausländischen Presse zu einer Besprechung über die Fragen, die Berlin als Fremdenstadt betreffen. Die Besprechung hatte vor allem den Zweck, Wünsche und Beschwerden zu Tage zu fördern, die die Erschienenen als Vertreter der öffentlichen Meinung des Auslandes vorzubringen hätten.

Zunächst wurde der Wunsch nach einer Verstärkung der Straßenbeleuchtung laut, deren Rückgang daran schuld sei, wenn die Fremden sich in Berlin nicht übermäßig wohl und sicher fühlten. Die Kosten für erhöhte Beleuchtung würden vermutlich durch geringere Kosten für polizeiliche Bewachung und Tumultschäden ausgeglichen. Besonders lebhaft gestaltete sich die Aussprache über die Erfahrung, die seitens der Ausländer bei Behörden und Großbanken gemacht wurden. Immer noch sei die Abfertigung in Bureaus, an Schaltern, bei öffentlichen Dienststellen nicht darauf eingestellt, daß der Verkehr von Ausländern in hohem Maße der Beschleunigung und Auffrischung diene, sowie wirtschaftliche Vorteile bringe. Es wurde auf Fälle hingewiesen, in denen die verschleppte Auszahlung von Dollarschecks durch Großbanken zur sofortigen Wiederabreise der Ausländer geführt habe. Ebenso wurde Klage geführt über die Schädigungen und Belästigungen, die bei Rückgabe nicht benutzter Fahrkarten zur Wiedererlangung des Fahrgebühres oder bei Herausgabe von Steuerkontrollen für Auslandsreisen eintraten. Unbedingt sei überhaupt geboten, die Öffentlichkeit laufend über die Bedeutung des Fremdenverkehrs aufzuklären. Die Vorstellung, als ob der Fremde nur nach Berlin käme, um hier billig einzukaufen, müsse endlich aufhören. Die Fremden kämen heute im wesentlichen nach Berlin, um ihre Geschäfte zu betreiben, oder aber um zu studieren, was beides wohl im Interesse von Berlin und der städtischen Bevölkerung liege. Die Vergnügungsfremden seien nur noch ein schwacher Teil. Die Verlängerung der Polizeistunde sei für diesen Teil des Fremdenverkehrs vielleicht doch geboten. Schließlich wurde der Wunsch laut, in Berlin im Rathaus oder an einer anderen bequem erreichbaren städtischen Stelle ein internationales Auskunftsbureau zu errichten, dessen Dienst ehrenamtlich von hier sich aufhaltenden Ausländern im Interesse ihrer Landsleute versehen werden könne, so, wie es in München bereits mit Erfolg eingeführt sei. Hier seien Pässe, Steuern, Unterkunfts- und vielleicht auch Wechselgeschäfte schnell und reibungslos zu erledigen, der Fremde werde schnell an die richtige Stelle geleitet, und die Behörde würde über die einzelnen Fremden gut beraten sein. — Oberbürgermeister Böß dankte den Erschienenen nach der fast zweistündigen Besprechung für ihr Erscheinen und stellte seine weitere nachdrückliche Unterstützung in allen gewünschten Richtungen zur Verfügung.

Berlin will sauber bleiben.

Die Forderungen ausländischer Hauptstädte lassen auf die Zentrale ihres Landes nicht kommen. In Deutschland war und ist es umgekehrt. Die reaktionäre Presse machte sich vor dem Krieg vielfach einen Spott daraus, die Reichshauptstadt zu verunglimpfen. Seit 1918 ist das noch viel schlimmer geworden. Und nun hat sie den Schneefall der letzten Tage mit anschließendem Tauwetter dazu benutzt, um Berlin als die schmutzigste Stadt der Welt auszusprechen. Zu diesen in letzter Zeit durch die Presse gegangenen Mitteilungen stellt die Direktion des Stadtfuhrparks mit: Es ist unzutreffend, daß die Leitung der Straßenreinigung nichts getan habe, um die Straßen sauber zu lassen. Am Donnerstag früh waren die Straßen mit einer feinen Schneedecke und Eisfahnen überzogen. In der zehnten Stunde trat plötzlich Tauwetter ein, so daß innerhalb ganz kurzer Zeit die Schneedecke zerfahren und weich geworden war. Die Leitung der Straßenreinigung hatte in Erwartung eines Witterungsumschlags bereits um 6 Uhr früh die Kraftwagen-Schneepflüge und die bespannten Schneepflüge in Tätigkeit gesetzt. Bedüglich diesem Umstande ist es zu danken, daß bis zum Donnerstag nachmittag in allen wichtigeren Verkehrsstraßen der aufgetaute Schnee ab-

geräumt war. Die Bewältigung einer solchen Arbeit im Zeitraum von etwa einer Stunde ist unbeschreiblich. Hilfskräfte können nur bei den eigentlichen Aufräumungsarbeiten, nicht aber beim Abfchieben der Straßendämme verwendet werden. Die erforderlichen Hilfskräfte sind bereits am Donnerstag früh angenommen und eingesetzt worden.

Hilfe aus Frankreich und Oesterreich.

Französische Arbeiter für die Notleidenden in Berlin.

Die Speldestelle der Internationalen Arbeiterhilfe in Berlin-Weißensee, Parkstr. 10, in der täglich 300 Bedürftige kostenlos gespeist werden, wurde am Montag mittag unter dem Namen „Speisestelle Frankreich der Internationalen Arbeiterhilfe“ dem französischen Komitee der Arbeiterhilfe übertragen, das die Finanzierung dieser Speisung aus dem in Frankreich zu diesem Zweck gesammelten Gelde vom gestrigen Tage übernommen hat. Die Festtagsabgeordnete Genevieve Rathilde Buzin erklärte als Vorsitzende des Deutschen Komitees der Internationalen Arbeiterhilfe in einer Ansprache die politische Bedeutung dieser Hilfsaktion der französischen Arbeiter für ihre deutschen Kollegen. Ein Vertreter der Bezirksbehörden von Weihensee übermittelte der Arbeiterhilfe und ihrem französischen Komitee den Lauf der Gemeindebehörden für die geleistete Hilfsaktion.

50 000 österreichische Lebensmittelpakete nach Deutschland.

Die vom Bunde der Reichsdeutschen in Oesterreich und der Deutschen Arbeitsgemeinschaft eingeleitete Lebensmittelpaketsaktion für Deutschland hat bereits mehr als 50 000 solcher Lebensmittelpakete nach Deutschland zur Verladung gebracht. Wer in Oesterreich Freunde, Bekannte oder Anverwandte hat, kann in den Besitz eines, alle lebenswichtigen Nahrungsmittel, wie Zucker, Mehl, Reis, Kaffee, Fett, Fleisch, Kondensmilch usw. enthaltenden Paketes gelangen, wenn er seine Bekannten oder Verwandten in Oesterreich ersucht, ihm ein solches Paket zuzuschicken. Der Absender hat nicht zu tun, als in einer Tabakvertriebsstelle einen Postlerlagchein der „Lebensmittelpaketsaktion für Deutschland“ um den Preis von 200 Kronen zu kaufen. Nach Einzahlung des Betrages bei einem österreichischen Postamt ist der Absender jeder Mühe enthoben. Auch der deutsche Empfänger ist auf Grund der getroffenen Organisationen nicht mehr bemüht, beim deutschen Postamt zu erscheinen.

Senkung der Milch- und Kartoffelpreise.

Die Verhandlungen über die Senkung der Lebensmittelpreise wurden gestern von der Abteilung W des Polizeipräsidiums fortgesetzt. Der Milchpreis wurde von 36 auf 32 Goldpfennige herabgesetzt und der Rabattzwang aufgehoben. Weiterhin konnte der Kartoffelgroßhandel dazu bestimmt werden, auf 4 Proz. Risikoprämie zu verzichten, wogegen die Rabattverpflichtung gleichfalls in Wegfall kommt. Boreert ergebnislos abgebrochen wurden dagegen die von dem Leiter der Abteilung W gestern erneut eingeleiteten Verhandlungen über eine weitere Senkung des Brotpreises. Die neuen Preise für Milch und Kartoffeln treten am Mittwoch, den 5. Dezember, in Kraft. Von der Abteilung W des Berliner Polizeipräsidiums wird mitgeteilt, daß ein Rabattzwang für diejenigen Lebensmittel nicht mehr besteht, die von der Nahrungskommission des Nahrungsmittelgroßhandels täglich durch das BVB. veröffentlicht werden.

Die Gattin des früheren Oberbürgermeisters Wermuth, Frau Maria Wermuth, geborene Reule, ist nach schwerer Krankheit gestorben. Die Beilegung findet am Donnerstag, 2 Uhr, von der Kirche in Berlin-Buch statt.

Beschlagnahmte Zeitungen. Am Dienstag nachmittag wurde der 19-jährige Arbeiter Paul B. aus Spandau an der Rittenbrunner Straße festgenommen, weil er die kommunistische Arbeiterzeitung, die verboten ist und die außerdem seinen Pressevermerk trägt, zum Kaufe anbot. 30 Exemplare der Zeitung wurden beschlagnahmt, B. ist der Polizei übergeben worden.

Kunstveranstaltungen in den Stadtbezirken. Das Fraiikensamt Tiergarten veranstaltet seinen 8. Kunstabend „Romanische Dichtung und Musik“ am Mittwoch, den 5. Dezember, 8 Uhr, im Hall-Realgymnasium, Bülowstr. 84, und Donnerstag, 6. Dezember, 8 Uhr, in der Rixdamer-Deutsches Haus, Jungnickstr. 2. Karten sind an der Abendkasse zu haben. — Weiterveranstaltet das Bezirksamt Tiergarten am 7. Dezember, abends 8 Uhr, in der Rixdamer-Deutsches Haus, Jungnickstr. 2, den 4. Lichtbildabend „Berlin in Vergangenheit und Gegenwart“.

Speechhour für die proletarischen Feiertenden. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, Uebungsstunde in der Sophienstraße, Weinmeisterstr. 16/17.

Copyright Georg Müller, München.

Die Lofotfischer.

Roman von Johan Bojer.

Aber als Deyvind Blassen und Marit von den Heidehöfen vorn Altar stehen und der alte Schulmeister mit der brüchigen Stimme den Brautchoral singt, da muß Elezeus Hulla mit dem Kermel die Augen trocken, obwohl er versucht, ein wütendes Gesicht zu machen. Es war doch auch ein verteuftetes Buch, das erwachsene Männer verteilte, sich wie ein Frauenzimmer zu benehmen.

Aber während sie hier saßen, kam Andreas Etra mit einer neuen Nummer vom „Morgengrauen“. Es stehe ein unvergleichlicher Artikel drin und er wolle Lars bitten, ihn vorzulesen. Aber diesmal wurde er nicht einmal aufgefordert, sich zu setzen. Es war, als habe er sie bei etwas überumpelt, was sie gern für sich behalten wollten. Ja, ja, dann könne er ja wieder gehen. „Nimm die Zeitung mit!“ sagte Kanelles. Andreas machte ein verdugtes Gesicht, steckte das „Morgengrauen“ in die Tasche und ging.

Die Männer sahen wieder da und blickten sich etwas unsicher an, bis Henrik Rabben sagte: „Ja, es ist sonderbar, dies Buch macht uns vielleicht besser als wir sind — und die Zeitung macht uns schlechter als wir sind. Aber meistens sind wir so wie die Gesellschaft, die wir uns suchen.“

Von diesem Tage an wurde häufig gelesen, und selbst Jakob kam hereingelegt, setzte sich abseits, neigte den Kopf und regte sich nicht, so eifrig hörte er zu.

Lars machte eines Tages einen großen Kabeljau zurecht, der zum Mittagessen gekocht werden sollte, als er im Fischbauch etwas merkwürdig Hartes fühlte. Er schnitt ihn spächerfaher auf, und was fand er? Er nahm es in die Hand, wühlte es ab, wollte seinen Augen nicht trauen — aber es war ein Finger, und an diesem Finger steckte ein goldener Ring.

Sie waren noch immer an Land, die Männer sahen in der Stube, und er lief zu ihnen und zeigte ihnen seinen Fund. Der Finger ging von einem zum anderen, aber als einer versuchen wollte, den Ring abzunehmen, um zu sehen, ob ein Name darin stehe, da sagte Ber-Suzansa: „Nein, nein, laß das. Wenn der Ring noch am Finger sitzt, so ist es wohl so bestimmt, daß er daran bleiben soll.“

Etwas unheimlich war allen zumute. Die Männer blühten

sich an, sagten aber eine ganze Weile nichts. Es war, als sei einer zu ihnen zu Besuch gekommen, den sie nicht nennen wollten.

Ber-Suzansa nahm den Finger, um ihn dem Pfarrer zu bringen.

Nach einer Weile sagte Kanelles: „Das bedeutet etwas, Leute.“

„So?“ fragte Arnt Aasan.

„Wir werden sehen, daß noch mehr dort ist, wo der Finger herkam,“ sagte Kanelles.

Am nächsten Morgen war wieder Fahrweiter, aber Kristaver hatte in der Nacht einen Anfall von Gicht im Rücken gehabt, so daß er kaum die Kleider anziehen konnte. Es mochte doch wohl eiliche Folgen haben, den ganzen Tag in Wind und Kälte auf der See zu stehen, nachdem man sich in Schweiß gerudert hatte — und dann in einer Hütte zu schlafen, wo die Zugluft durch die undichten Wände drang. Als er die Wasserstiefel angezogen hatte und sich aufrichten wollte, stieß er einen Schrei aus und jagte sich ans Kreuz. Er blieb gebückt stehen, es war unmöglich, sich aufzurichten, er griff nach der Tischplatte, um sich zu stützen und schnitt ein Gesicht, als stäche ihn jemand mit einem Messer.

„Du mußt dich wieder hinlegen,“ sagte Henrik Rabben.

„Wir müssen sehen, wie wir ohne dich zurechtkommen.“

Sie gingen. Aber als sie von Land abstoßen wollten, kam Kristaver aus der Hütte heraus, noch gebückt als vorher. „Warten!“ rief er. Und dann legt er sich wahrhaftig auf den Boden nieder und kriecht zum Boot hinunter.

„Aber Vater!“ rief Lars. „Kannst du denn heute nicht liegen bleiben?“

„Wartet, ich will mit!“ Und dem Bootsführer muß man gehorchen.

Er troch an Bord und schnitt fortwährend Gesicht, weil jede Bewegung unerträglich schmerzte. Aber als die anderen die Ruder auslegten, wollte er selber auch mitrudern. Es half nichts — er setzte es durch, obwohl er bei jedem Ruder Schlag leise wimmerte. Als sie auf die Fischbank hinauskamen und die Rege eingeholt werden sollten, legte er Henrik Rabben mit der Gaff auf den Führerplatz, aber er selber wollte mit einholen. Die anderen lauschten Blicke — hatte die Gicht sich auf den Verstand gelegt?

Sie begannen zu ziehen. Das ist schwer genug für einen Gefunden, aber für einen, der Kreuzschmerzen hat, ist es zum

Davonlaufen. Immer, wenn Kristaver von neuem zufahe und den Körper bog und drehte, brach ihm am ganzen Leibe der Schweiß aus, — einen solchen Schmerz fühlte er: Fläche gab es nicht viele, aber fremde Rege hatten sich zwischen die eigenen geschlungen, so daß es doch eine lange Zeit dauerte, die Rege einzuholen. Sie zogen eine Stunde nach der anderen, und es wurde still im Boot, denn es war nicht leicht mitanzusehen, wie schlecht es dem Bootsführer ging.

Aber als die Dämmerung kam, begann sein Gesicht sich aufzuhellen. „Twi!“ sagte er. „Das habe ich mir doch gedacht! Bei solcher Krankheit gibt es keinen anderen Rat, als sich in Schweiß zu arbeiten.“ Jetzt wurde der Rücken geschmeidiger und der Schmerz erträglich, jetzt hieß es nur weiterziehen.

Der graue Rehtstreifen lief über die Kofke, der graue Kabeljau war selten. Das Wetter war klar und kalt und auf den Bänken lag ein Schwarm von Booten. Lars sah an den Rudern und blickte in die See hinunter, wie die Rege aus der Tiefe emporstiegen. Und jetzt — jetzt kommen ein paar mächtige Blasen. „Das ist ein großer Fisch,“ dachte er Henrik Rabben sah es auch und hielt die Gaff bereit.

Im nächsten Augenblick bildete das Rege einen länglichen Klumpen, der sich aus der See hob und über die Winde glitt. Die Gesichter starrten darauf hin, Henrik vergaß die Gaff zu benutzen. Dies war nichts Lebendiges. Der Klumpen lag schon im Boot, die Männer hielten mit dem Einholen inne und sahen sich entsetzt an. Was da in das Rege verstrickt lag, war etwas, das Wasserstiefel anhatte.

„Ich glaube, das ist ein Mann!“ sagte Kristaver und wühlte sich die Stirn.

„Großer Gott!“ sagte Henrik. Kanelles sprang im Vorder-schiff auf, um besser sehen zu können.

Aber man kann nicht mitten in der Arbeit innehalten. Sie konnten den Klumpen mit den Wasserstiefeln näher betrachten, wenn alle Rege an Bord waren.

Und wieder quoll der graue Strom aus der Tiefe empor, hier und da mit einem Fisch, der über den Bootsrand zappelte. Die Männer zogen und zogen wie vorher und schienen nur damit beschäftigt zu sein. Und über dem Klumpen im Boot türmte sich höher und höher die Masse der Rege. Da lagen sie beisammen, die Fische mit den toten Augen und der Unbekannte mit den Wasserstiefeln, und sie alle mußten warten, aus den Rehen befreit zu werden, bis es Zeit war.

(Fortsetzung folgt.)



Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 1. Kreis Mitte, Abteilungen 1-7. Wie für den heute abend 7 1/2 Uhr in...

Morgen, Donnerstag, den 6. Dezember:

- 1. 10. 7 1/2 Uhr Vorstandssitzung bei Knappe, Steinhilberstr. 44.

Frauenveranstaltung am Donnerstag, den 6. Dezember:

- 121. 10. 7 1/2 Uhr bei Frau, Prinz-Regent-Str. 66, Kassenstr. 10.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Arbeiterabstimmungskreis. Am 6. Dezember, 7 1/2 Uhr, Grotte, 67 (Sollsb.)

Deutscher Kampfbund, Ortsgruppe Berlin. Donnerstag, den 6. Dezember, 4 1/2 Uhr...

Jugendveranstaltungen.

Achtung, Abteilungsleiter! Es muß heute, Mittwoch, von allen Abteilungen die Abhaltung der...

Heute, Mittwoch, den 5. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:

Charlottenburg: Jugendheim, Rosenstr. 4; Bismarck-Platz. -- Friedrichshagen: Jugendheim...

Schenke Quieta!



Wie leicht so froh der Weihnachtsmann weiter Quieta schenken kann! = Quieta = Kästchen und billige Mischungen mit Bohnenkaffee.

Der verlorene Schuh

Decla-Bioscop-Film der Ufa Spielleitung: Dr. Ludwig Berger

- Personen: Sucht Habakuk XVI, Leonhard Hasel, Banjessin Dufoua, Emilie Kurz...

Aufführung heute 7 1/2 9 Uhr Vorverkauf 11-1 Uhr

Ufa-Palast am Zoo

Theater, Lichtspiele usw.

- Volksbühne 7 1/2 Uhr: Pignoro Hochzeit. Deutsch. Theater u. Schauspieler-Th. 8 Uhr: Das Kaffeehaus...

Marken-Zigaretten: Garbaty, Haipaus, Constantin, Karmitry, Avramikos, Maratti, g-brab u. Tagespr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband: Dienstag, den 11. Dezember, nachmittags 8 Uhr, im 'Alteckentiner'.

Insere im Vorwärts: Sicherer Erfolg! Handwerker, Weihnachtsarbeiten, Weihnachtsarbeiten.

Achtung! Goldbänderole: Marken-Zigaretten: Garbaty, Problem, Salem, Dora, Ikriss usw.

Wo kaufen Betriebsräte und Kantinenverwaltungen für die Arbeiter und Angestellten vorteilhaft reines amerikanisches Schweineschmalz prima holländischen Rindertalg?

Die Nordkonferenz: Bezirks 15 bis 19 - findet von jetzt ab jeden ersten Mittwoch im Monat, abends 6 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses statt.

Weit unter Tagespreis: feinste Marken-Zigaretten Garbaty, Koffary, Moslem, Dofa usw., ganz besonders preiswert Turfema.

Marken-Zigaretten: Garbaty, Josetti, Waldori, Mohamed u. a. Spezialvertrieb von Kassato-Zigaretten.

Bedeutend herabgesetzte Preise!!! Größte Eile geboten! Passende Geschenke! Großer Weihnachts-Verkauf in allen Abteilungen.

KLEINE ANZEIGEN

Rechenmaschinen, Kalkulatoren, Rechen, Rechenhilfen, Rechenhilfen, Rechenhilfen.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wollwäscherei, Bekleidungsstücke, Wäsche usw., Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Möbel

Möbel: Metallbetten, Chaiselongues, Sofas, Sofas, Sofas, Sofas.

Kaufgesuche

Kaufgesuche: Metallschmelze, Kleinfabrik, Kleinfabrik, Kleinfabrik.

Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt: Stellenangebote, Stellenangebote, Stellenangebote.

mehrere Zeichner

mehrere Zeichner: Modellschneid, Modellschneid, Modellschneid.